

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juli 1983

Evangelische Verantwortung

Heft 7/1983

Christliche Erziehung: Leben lernen in Familie, Schule und Gemeinde

Hans-Ulrich Klose

Die Gesellschaft unserer Zeit ist durch den Verlust des Lebenssinns, den viele Menschen erfahren, durch Hoffnungslosigkeit und Resignation gekennzeichnet. Die Zahl der Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, deren Verhalten gestört ist, wächst. Kinder- und Jugendkriminalität nehmen zu. Immer mehr Menschen greifen zu Betäubungsmitteln und Rauschgiften. Die Selbstmordrate wächst. Jeder fünfte Jugendliche im Alter von 14 Jahren habe sich, so eine kürzlich veröffentlichte Studie, mit dem Gedanken des Selbsttötens beschäftigt. Sogenannte Jugendreligionen oder -sekten haben zunehmenden Zulauf, weil sie scheinbar Lebensorientierung bieten. Mehr als 90 000 Kinder, die vor ihrer Geburt abgetrieben, das heißt getötet werden, weisen nicht nur eine kinderfeindliche Gesinnung in unserer Gesellschaft aus, sondern sind ein Zeichen für Mut- und Hoffnungslosigkeit.

Ein Leben ohne Hoffnung ist kein Leben, jedenfalls kein erfülltes Leben, das den Menschen glücklich macht. Kann Erziehung zum Leben, kann christliche Erziehung in Familie, Schule und Gemeinde eine Antwort geben? Wie muß sie aussehen? Wo findet sie statt?

Der Apostel Paulus schreibt in seinem Brief an die Galater (5. Kap., Vers 1 und 13): „Christus hat uns befreit, damit wir Freiheit hätten.

Ihr seid dazu bestimmt, Brüder, freie Menschen zu sein! Das bedeutet nicht, daß ihr eure Freiheit mißbrauchen sollt, um euch auszuleben, es bedeutet, daß ihr einander lieben und dienen sollt.“

Gemeint ist die Freiheit in der Verantwortung vor Gott und den Menschen, unserem Nächsten, oder

wie Dietrich Bonhoeffer es in seiner „Ethik“ (S. 193) ausgedrückt hat: „Verantwortung und Freiheit sind einander korrespondierende Begriffe. Verantwortung setzt sachlich — nicht zeitlich — Freiheit voraus, wie Freiheit nur in der Verantwortung bestehen kann. Verantwortung ist die in der Bindung an Gott und den Nächsten allein gegebene Freiheit der Menschen.“

Menschen werden den Sinn des Lebens erfahren, wenn sie Freiheit so verstehen und danach handeln lernen. Erziehung zum Leben muß daher Erziehung zur verantworteten Freiheit sein. Erziehung zur verantwortlich verstandenen Freiheit findet zuerst in der Familie statt. Sie wird ergänzt in Schule und Gemeinde.

Kinder brauchen Schutz und Geborgenheit. Sie brauchen die Liebe und die Zuwendung ihrer Eltern. In einem Volk, in dem immer weniger Ehen geschlossen und in dem immer weniger Kinder geboren werden, schwindet die tägliche Erfahrung von Gemeinschaft und Solidarität. Eine solche Gesellschaft verliert an Zusammenhalt, an Wärme und an Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft. Die damit verbundene langfristige Gefährdung des Generationsvertrages und menschliche Verarmung bedrohen die Bevölkerung der Bundesrepublik insgesamt,

in der sich in den letzten zehn Jahren die Eheschließungen halbiert und die Ehescheidungen verdoppelt haben,

in der nur die Hälfte der zur Bevölkerungserhaltung erforderlichen Kinder geboren werden und in der Kinderreichtum zum sozialen Abstieg führt.

Hier muß gegengesteuert werden, um eine Wende herbeizuführen. Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, eine kinderfreundliche Einstellung zu fördern, ideelle und materielle Hilfen zu leisten, zu einer dem Kinde gerecht werdenden Umwelt beizutragen, damit Eltern ihren Wunsch nach mehr Kindern wieder verwirklichen können. Dazu gehören

Dr. Hans-Ulrich Klose
ist Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen
und Landesvorsitzender des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland

konkrete Hilfsmaßnahmen des Staates zum Schutz des ungeborenen Kindes. Nur Familien, die Geborgenheit bieten, können lebensbejahende Werte vermitteln, den Sinn des Lebens verständlich machen und damit ihren Erziehungsauftrag erfüllen.

Erziehung ist für das Kind und den heranwachsenden jungen Menschen unverzichtbar. Erziehung und Einübung in soziales Verhalten dienen nicht nur der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, sondern auch der Rücksichtnahme und der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft. Erziehung muß frei machen zum verantwortlichen Dienst am Nächsten. Erziehung darf nicht auf bloße Wissensvermittlung reduziert werden, und Kinder und Jugendliche dürfen nicht als reine Sozialwesen mißverstanden werden, die Familie nicht zur „Sozialagentur“ degradiert werden, die nur in einer nach ideologischen Vorgaben konstruierten Gesellschaft funktionieren können. Erziehungsvorstellungen, die das verkennen, die das Lernziel der emanzipatorischen „Selbstverwirklichung“ – eine in christlichem Sinne mißverständene Befreiung des Menschen – zum obersten Erziehungsmaßstab machen, sind kinderfeindlich und blind gegenüber den Problemen, die in einer technisierten, massenhaften und materialistischen Gesellschaft entstanden sind und überwunden werden müssen. Gerade eine solche Gesellschaft braucht neuen Mut zur Erziehung. Wir selbst müssen wieder lernen und lehren, die Wirklichkeit und ihre Erfahrungen zur eigenen Lebensform zu verarbeiten. Realitätsflucht, Mangel an Vertrauen und Bereitschaft zur Verantwortung führen zur Kriminalität, zum Alkoholismus, zur Drogengefahr, zur Flucht in Jugendsekten.

Junge Menschen müssen durch Erziehung Orientierungspunkte erhalten, die sie fähig machen, aus eigenem Wissen und vor dem eigenen Gewissen zu entscheiden. Dies zu erreichen, kann ein Beitrag christlicher Erziehung sein. Der besondere christliche Beitrag wird darin bestehen zu erklären, daß der, der nach seinem Gewissen entscheidet, durch Christus befreit ist, Verantwortung zu tragen, Schuld auf sich zu nehmen. Ohne die Übernahme von Schuld ist kaum eine Entscheidung im Leben denkbar. Oder um noch einmal Dietrich Bonhoeffer zu zitieren (Ethik, S. 192 f.): „Wer in Verantwortung Schuld auf sich nimmt – und kein Verantwortlicher kann dem ent-

gehen –, der rechnet sich selbst und keinem anderen diese Schuld zu und steht für sie ein, verantwortet sie. Er tut es nicht in dem frevelnden Übermut seiner Macht, sondern in der Erkenntnis, zu dieser Freiheit genötigt und in ihr auf Gnade angewiesen zu sein. Vor den anderen Menschen rechtfertigt den Mann der freien Verantwortung die Not, vor sich selbst spricht ihn sein Gewissen frei, aber vor Gott hofft er allein auf Gnade.“

Die Familie ist nicht nur der Ort, in der soziale Spielregeln, ohne die keine menschliche Gesellschaft und zwar unabhängig vom politischen System Bestand haben kann, erlernt werden, in der Freiheit und Solidarität geübt werden, ergänzt durch entsprechende Bemühungen in Schule und Gemeinde, sondern auch die Stätte, in der die Toleranz vor der Meinung des andersdenkenden erprobt werden kann. Gemeint ist nicht die Akzeptanz oder Übernahme der politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung des Anderen, sondern das Bemühen um Verständnis und Respekt.

In unserer Gesellschaft, die durch immer härter werdende Verteilungskämpfe in ihrer menschlichen Substanz bedroht wird, in der das Ringen um die richtige politische Entscheidung den demokratischen Grundkonsens gefährdet und damit eine in der Nachkriegszeit unter schweren Opfern aufgebaute politische Kultur, die Kultur der freiheitlichen Demokratie zerstört werden kann – ein politisches System, von dem der sozialdemokratische Wissenschaftler Richard Löwenthal sagt, daß es allein in der Lage sei, die Herausforderungen der Industriegesellschaft zu bewältigen – ist Toleranz, ist Verständigungsbereitschaft, der Versuch Konflikte nicht zu verschärfen, sondern sie zu lösen. Brücken zu schlagen zwischen widerstreitenden Standpunkten, eine lebensnotwendige Aufgabe. Christliche Erziehung, hier vor allem in Schule und Gemeinde, die Erziehung zur Toleranz als Ausdruck verantwortlich geübter Freiheit begreift, kann hierzu einen Beitrag leisten.

Der Staat und die unsere Gesellschaft tragenden Kräfte haben zur Erfüllung dieses Auftrages die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen und das geistige Klima in unserem Lande zu beeinflussen, damit eine derartige Erziehung Frucht trägt.

Aus unserer Arbeit

EAK-Gründung in Schwetzingen

Schwetzingen: Mit einem grundsätzlichen Vortrag von Landesgeschäftsführer Dr. Michael Feist über die Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU trat der neugegründete EAK in der Region Schwetzingen erstmalig an die Öffentlichkeit.

Dr. Michael Feist begann seine Ausführungen mit einer Interpretation des Bibelwortes „Was ist der Mensch, daß du seiner gedenkst?“. Von seinen Antworten auf diese Frage – der Mensch sei ein Geschöpf, ein Ebenbild und ein Bote Gottes – leitete der Referent die Bedeutung des „C“ im Namen der CDU ab. Die CDU solle sich eher an den Folgen dieser Antworten – etwa daran, daß der Mensch ursprüngliche, eigene

Rechte hat – orientieren als andere politische Gruppierungen. Durch das „C“ in ihrem Namen habe die Union einen Maßstab gewählt, an dem sie sich messen lassen wolle.

Nach dieser grundlegenden Einführung erläuterte Dr. Feist die Entstehung des EAK in der CDU/CSU. Der Arbeitskreis habe im wesentlichen folgende Zielsetzungen: Das Einbringen von evangelischen und auch ganz allgemein

christlichen Überzeugungen in die politische Diskussion, die Weitergabe von politischen Fragen in den kirchlichen Bereich sowie die Bereitstellung eines Gesprächsforums. Innerhalb der CDU wolle man den evangelischen Christen eine Heimat schaffen und versuchen, ihr Unterrepräsentiertsein in Gremien abzubauen. Der EAK unterscheide sich von den anderen Gruppen innerhalb der Union wesentlich dadurch, daß er sich nicht mit Tagespolitik, sondern mit Grundsatzfragen befaßt. Die Möglichkeit der Grundsatzdiskussion mache ihn zum Innovationspotential der Partei; aus dem personell nicht allzu stark besetzten Arbeitskreis – die Mitglieder seien allerdings sehr engagiert – kämen zahlreiche Anregungen für die Parteilarbeit. „Der EAK ist nicht gegen die CDU, er ist ein Mahner im Hinblick auf das „C“ in der Union“, charakterisierte Dr. Feist die parteiinterne Stellung des Arbeitskreises.

Der Sprecher des Evangelischen Arbeitskreises, Region Schwetzingen, Michael Reiss, umriß abschließend die Themenschwerpunkte, mit denen sich der Schwetzingener EAK noch in diesem Jahr befassen will: Die Ökumene und ihre Grenzen und Chancen, Luthers Bedeutung für beide Konfessionen sowie sachliche Informationen zur bevorstehenden Kirchengemeinderatswahl.

Generalmajor a. D. Dr. Eberhard Wagemann beim EAK Nienburg

Nienburg: „Die derzeitige Diskussion um den Erhalt des Friedens ist getragen von den Ängsten der Menschen, die Gott nicht zutrauen, die Welt auch mit den vorhandenen Atombomben zu erhalten“. Dieses war die Kernaussage eines Referats, das Generalmajor a. D. Dr. Eberhard Wagemann auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Langendammer Offizierheim hielt.

Diese Angst, von der auch die Menschen in Uniform und im Talar nicht verschont bleiben, ist für den Generalmajor a. D. ein deutlicher Beweis dafür, daß sie den Glauben an Gott verloren haben, da sie das erste Gebot mißachten.

Den Verfechtern der Friedensbewegung wirft Dr. Eberhard Wagemann, ehemaliger Kommandeur der Führungsakademie in Hamburg, vor, sie seien nur einseitig orientiert und sähen nicht die Bedrohung durch den Osten in ihren vollen Ausmaßen.

Ihrer Meinung nach seien die USA grundsätzlich der aggressive und die UdSSR der friedliche Verhandlungspartner. Dieses sei nach Auffassung des Referenten eine Fehleinschätzung, die durch die Tatsache entkräftigt wird, daß

die UdSSR ihre Rüstung zu Regierungszeiten Jimmy Carters ins Unermeßliche gesteigert habe.

Ein weiterer Vorwurf Dr. Eberhard Wagemanns richtet sich gegen die Theologen, die Gefahr liefen, die Worte Gottes für eigene, auf die Person abgestimmte Zwecke zu gebrauchen. Seiner Meinung nach seien sowohl das Alte als auch das Neue Testament in ihrer Auffassung vom Frieden gleich. Und an keiner Stelle sei davon die Rede, daß Gott den unbedingten Frieden zwischen den Völkern fordere. Er selbst werde sogar bei Jesaja als „Herr der Heerscharen“ bezeichnet und benutze eine Kriegs-Drohung dazu, den Gehorsam zurückzuerlangen. Demnach habe auch Schlechtes seinen Zweck.

Trotz allem sei Gott der Gott des Friedens, der den Menschen den Frieden schenkt oder ihn verweigert. Letzteres sei dann der Fall, wenn jemand die politische Freiheit des Mitmenschen preisgibt.

„HeiBer“ Herbst?

Prof. Herzog mahnt zur Besonnenheit

Bonn: In der Juli-Ausgabe seiner regelmäßigen Briefe an die evangelischen Pfarrer mahnt Prof. Herzog zur Besonnenheit, u. a. schreibt er:

„Lassen Sie mich noch einige Worte zum Herbst und den zu erwartenden Demonstrationen sagen. Nach dem bisherigen Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen müssen wir es für möglich halten, daß die Nachrüstung stattfindet und neue Raketensysteme aufgestellt werden. Ein spannungsgeladener Herbst steht demnach bevor. Wir können leider nicht davon ausgehen, daß er nicht heiß“ wird.

Der Kirchentag ist kein Gegenbeweis. Ich zweifle nicht daran, daß viele der Verantwortlichen der Friedensbewegung den ernsthaften Willen haben, die Demonstrationen friedlich zu gestalten. Gleichzeitig kann ich auch für die Innenminister sagen, daß wir alle Möglichkeiten bedenken werden, die Zusammenstöße und die Gefahr schwerer Verletzungen vermeiden können. Aber eines muß ebenso deutlich gesagt werden: Wo eindeutige Rechtsverletzungen begangen werden, muß im Rahmen der Gesetze eingeschritten werden. Wie die Vergangenheit – jüngst wieder in Krefeld – gezeigt hat, droht die Gefahr nicht von der großen Mehrzahl der Mitglieder von Friedensinitiativen, sondern von kleinen gewalttätigen Gruppen, die aus dem „Schutz“ der großen Masse heraus Gewalttaten begehen. Dann besteht auch die große Gefahr der Eskalation.

Auf uns alle kommt im Herbst eine große Verantwortung zu und ich appel-

liere eindringlich insbesondere auch an diejenigen Pfarrer, die der Friedensbewegung nahestehen, sich ihrer Verantwortung für alle Beteiligten, auch für die Polizei und selbst für diejenigen bewußt zu sein, die auf gewalttätige Auseinandersetzungen aus sind. Keiner soll, wenn es zum Schlimmsten gekommen ist, sagen müssen, das habe er nicht gewollt!

Ich teile nicht die Sorge vieler Friedensinitiativen, daß ein Atomkrieg bevorsteht. Es gibt in Europa gegenwärtig keine Gefahr eines Krieges. Trotz des unmißverständlich erklärten Willens der Bundesregierung, die Nato-Beschlüsse zu vollziehen, hat Generalsekretär Andropow den deutschen Bundeskanzler nach Moskau eingeladen. Ich führe dies auf die Einsicht Moskaus zurück, daß die propagandistischen Manöver erfolglos bleiben werden, und darauf, daß die Bereitschaft Moskaus wächst, sich doch noch auf ernsthafte Verhandlungen einzulassen. Für durchaus möglich halte ich es allerdings, daß die Sowjetunion damit noch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten wird. Totalitäre Systeme unterliegen nicht den Zwängen, die bei uns durch einen inneren öffentlichen Meinungsdruck entstehen. Verantwortung trägt auch die Evangelische Kirche, denn auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag wurden gefährliche Losungen ausgegeben, die sehr wohl geeignet sind, verführerisch zu wirken. Eine dieser Losungen war die Formulierung eines „übergesetzlichen“ Widerstandsrechtes, eine andere kann leicht zur Verwischung von „Widerstehen“ und gewalttätigem Widerstand führen.“

Aus dem Inhalt

Christliche Erziehung: Leben lernen in Familie, Schule und Gemeinde	1
Hans-Ulrich Klose	
Aus unserer Arbeit	2/15
„Mauersegler“	4
Bericht über eine Reise des EAK Bremen nach Dresden, Weimar und Erfurt	
Friedrich Menke	
Zwischen Psychoterror und der Freiheit eines Christenmenschen	7
Ansprache von Landesbischof I. R. Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland anlässlich der Verleihung des Traugott-Bender-Preises	
Kurz notiert	10/16
Luther und die Obrigkeit	12
Gunther Wolf	

„Mauersegler“

Bericht über eine Reise des EAK Bremen nach Dresden, Weimar und Erfurt

Friedrich Menke

Den Aufruf des EAK-Bundesvorsitzenden Prof. Roman Herzog anlässlich des Reformationsfestes 1982, „festzuhalten an den Gemeinsamkeiten mit den Deutschen in der DDR“, hat der EAK Bremen aufgenommen. Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises besuchten vom 11.–15. Mai 1983 die DDR. Der Reisebericht des EAK-Landesvorsitzenden Dr. Friedrich Menke gibt Eindrücke und Erfahrungen wieder und eröffnet Einsichten in die Lebenswirklichkeit im realen Sozialismus.

Wir 35 Bremer sind „Mauersegler“, besuchen im Mai 1983 für wenige sonnige Tage die DDR und fahren wieder heim. „Mauersegler“, so nennt Irene Böhme in ihrem kürzlich erschienenen klugen, lezenswerten Büchlein „Sieben Kapitel DDR“ die Westbesucher. „Für sein Wohlbefinden wird mehr getan, als ansonsten im Lande üblich ist. ... Der Westgast hat Sonderstatus. I. Böhme war bis 1980 Journalistin und Dramaturgin in Ostberlin und lebt nun in Westberlin. Sie muß es wissen. Und wir Bremer, die überwiegend einer Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bremen gefolgt waren, um fünf Tage in Dresden, Weimar, Erfurt, auf der Wartburg und in Quedlinburg zu verbringen, wußten dies auch. Wir wurden satt, dachten mit Luther „Lasset uns essen und fröhlich sein“, erfreuten uns an thüringischen Spezialitäten, tafelten im Louisenhof des Weißen Hirsch, hoch über der Elbe und schauten auf das abendliche Dresden herab. Uns ging es gut, und unser freundlicher, fast immer gestreßter junger DDR-Reiseleiter stetzte dies sprachlich noch in ungewohnte Höhen, dabei die Grenze vom Erhabenen zum Lächerlichen zuweilen übersteigend. Herr Kühn, überzeugter Junggeselle, noch ungedient wegen seines längeren Studiums in Budapest, war uns gegenüber unsicher, weil er erst seit kurzem Reisen betreute, DM in Ostmark wechselte, und so ließ er uns „das Frühstück einnehmen“, auch speisen und steigerte sich schließ-

lich zu dem Satz: „Wir werden heute in Weimar unser letztes Abendmahl einnehmen“. Er verstand jedoch unseren Wunsch, damit noch einige Jahre warten zu dürfen. Herr Kühn, der in Magdeburg zu uns stieß und uns dort am Ende einer erfüllten und schönen Busreise wieder verließ, war ein lieber, hilfsbereiter Junge, der uns zwar zuweilen mit seinen ständigen Wiederholungen zu erwartender Programmpunkte nervte – wir nannten ihn „retournelle eternelle“, agitierte uns wenigstens nicht politisch-ideologisch, und auch wir liebten ihn in Frieden. Möge er seinen Kaderoberen in Ostberlin Freundliches über uns Bremer mitteilen!

Unseren schon im November 82 angemeldeten Wunsch, in Wittenberg eine Eß- und Besichtigungspause zu ermöglichen und erst das Abendbrot in Dresden vorzusehen, diesen Wunsch konnte auch er nicht erfüllen. Staatliche Superplanung macht eben unbeweglich. Wir hatten schon gegen 13.00 Uhr in Dresden zu sein und entsprechend früh in Bremen aufzubrechen. So blieb Wittenberg mit seinen Lutherstätten einem weiteren Besuch vorbehalten.

Dresden zu sehen, tut weh, auch ohne Gedenken an das Dresden Canalettos, das Dresden vor der Zerstörung. Viel Schönes ist zwar liebevoll, aufwendig wiederhergestellt, aber es sind leider nur einige wenige Glanzstücke einer grandiosen städtebaulichen Geschichte: der Zwinger Pöppelmanns, die wundervolle klar gegliederte und im Innern farblich zurückhaltend und überzeugend restaurierte Hofkirche Chiaveris. In dieser katholischen Bischofskirche hörten wir eine eindrucksvolle, fast evangelisch anmutende Predigt über Christi Himmelfahrt. Nähe Gottes sei mit diesem Bild gemeint, und dies bedeute auch, Gott in dem Nächsten, im Armen, Kranken, Behinderten zu begegnen, in dem, der unserer Hilfe bedarf. Die Riesenkirche war im Mittelschiff voll, voll von jungen Menschen. Und viele blieben nach

Abendgottesdienst noch lange sitzen, um die Silbermannorgel zu hören, Bachfugen, an Christi Himmelfahrt, einem Werktag in der DDR; auch unser Herr Kühn.

Die Frauenkirche des Barockarchitekten Bähr könnte nach Aussage der Sachverständigen sofort wieder aufgebaut werden; genaue Pläne, Fotos, die geordneten und gezählten Steine, Materialien sind vorhanden, aber man muß es wollen und bezahlen können. Beides kann oder will man nicht, und so heißt die Antwort: Die Ruine der Frauenkirche soll Mahnmal sein, erinnert an den Krieg und das barbarische Bombardement Dresdens, des Elbflorenz in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945. Vierzig Jahre nach diesem schrecklichen Tag soll die dann wieder hergestellte wunderbare Oper Gottfried Sempers den Vorhang öffnen für den Rosenkavalier von Richard Strauß; denn er hat in dieser Stadt der Kunst und der Musik seine Triumphe gefeiert. Die Dresdener hängen an ihrer Oper wie die Bremer an Rathaus und Schütting und lassen sich das was kosten.

Aber ach, es bleiben Ruinen, die des Renaissanceschlusses der sächsischen Herzöge, es bleiben die für immer zerstörten Häuserfronten des Altmarktes und Neumarktes. Die Schätze der Gemäldegalerien mit ihren Raphaels, Rembrands, Claude Lorrains, Giorgiones, Dürers und Cranachs, des Grünen Gewölbes mit Gold, Diamanten, Edelsteinen und hundertfach beschnitzten Kirschkernen, dem Fürstenzug auf Meißener Porzellan sind da, lohnen Reisen, aber die Stadt selbst ist für immer zerstört, ist mit riesenhaften Freiflächen, überdimensionierten Fußgängerzonen, unendlich langen und monotonen Wohnblocks zersiedelt worden. Ein wenig Alt-Dresden weht den Besucher an, wenn er durch Schillers Dresden-Loschwitz, durch ehemals bürgerliche Viertel fährt, deren Villen und wenig gepflegte Gärten noch eine Ahnung vermitteln, wie lebens- und

liebenswert Dresden gewesen sein muß, diese Stadt der Künste und deren, die sie liebten. Dresden selbst mahnt, macht Krieg und Zerstörung hassenswert.

Theaterpläne konnte man im Theater selbst erhalten, aber das Maiheft mit dem gesamten Dresdener Kulturprogramm war schon am 12. Mai weder im Informationsamt noch im Hotel erhältlich. Nur einsehen durfte der Gast es! Auch von Bremen aus war nicht zu erfahren, was in Dresden oder in Weimar, den beiden Städten unserer Übernachtungen, gegeben wurde, keine Nachricht über Theater, Konzerte oder das Dixilandfestival erreichte uns. Dafür bot man uns – unentgeltlich – ein sehr schönes Orgel- und Trompetenkonzert in der Herderkirche von Weimar und in Dresden ein sozialkritisches Stück die „Entenjagd“ des Russen A. Wampilow (1935–1972) an. Das Thema dieses vorzüglich gespielten Stückes: Wer beruflich und/oder familiär auf Kosten anderer lebt, verkommt.

Durch die Prager Straße und über den Neumarkt Dresdens schwärmten am Himmelfahrtsvormittag, dem „Vatertag“, in der DDR ein Werk- und Arbeitstag, unendliche Mengen kostümierter, strohbehüteter, biertrinkender, johlender, Kinderwagen schiebender Jugendlicher, werdender und gewordener Väter. „Entenjäger“? Krankfeierer? Betriebsausflügler? Selbstbeurlaubter? – auch Frank Kühn konnte sich keinen Vers machen und tröstete sich und uns mit dem Hinweis auf ähnlich undisziplinierte Erscheinungsformen bei uns. Mag so sein; hier verblüffte es.

Die Hotels waren akzeptabel. Das Dresdener Interhotel „Lilienstein“ war mal vorzeigbarer gewesen und wird nun von neueren, komfortableren Hotels wie „Neva“ oder dem von Japanern geplanten, von Schweden auf der Neustadtseite zu errichtenden „Bellevue“ (mit Canalettoblick) deklassiert. Immerhin fuhren die Aufzüge, zwar langsam, aber man blieb nicht stecken, die Duschen im Zimmer funktionierten – bei den meisten Bremern, dafür erinnerten lange Gänge, Linoleum und der Geruch der kleinen Welt eher an Krankenhaus. Vornehmer sah es im „Elephant“ von Weimar aus: Holzgetäfelte Speisesäle im sachlichen-

feierlichen Bonzenstil der Dreißiger Jahre, Flure und geräumige Hotelzimmer mit Teppichboden ausgelegt; durchaus wichtig, denn lange Flure sind zu durchlaufen, um sich – in der Regel ohne Schlange stehen – auf ein weit entferntes Örtchen begeben zu können. Auch Altmodisches hat seinen etwas beschwerlichen Charme. Das Essen war reichlich, auch gut und fürstlich gewiß in den Augen einfacher Zimmerfrauen. Die politische Apartheid trennt in der DDR Devisen bringende Westler oder Nomenklatura aus den Machtzentralen kommunistischer Hauptstädte vom einfachen, arbeitenden Volk. Eine Zimmerfrau, die mit ihrem bescheidenen Frühstück – zwei Scheiben Brot und etwas Marmelade – im Aufzug hochfuhr, erzählte von ihrem Arbeitsleben. Ihr Arbeitstag beginnt weit von Dresden um 5.30 und endet nach 18.00 Uhr. Ihr Mann arbeitet in einer anderen Stadt, und sie sehen sich in der Woche kaum. Ein anderes Beispiel: eine ausgebildete Schwesternhelferin wird wohl, wie viele andere, in dem von ihr erlernten Beruf nicht arbeiten können, weil Planstellen im Gesundheitswesen fehlen. In einem Krankenhaus hat eine freundliche, anspruchslose Pastorin acht Wochen lang mittags kaum Eßbares und abends immer nur zwei Scheiben Brot mit etwas Leberkäs vorgesetzt bekommen. „Mauerseglern“ geht es gut. „Sie kommen einmal im Jahr, picken und piepsen, dann fliegen sie weiter.“ Sie hören solche Geschichten, bemerken solche Streiflichter, aber die wirklich sehr schlechte Versorgungslage im realen Sozialismus spüren nur deren Bürger, dauerhaft, eindringlich, unvermeidbar.

Die Blumen- und Wochenmärkte von Weimar und Erfurt sind erbärmlich dürftig. Mitte Mai findet man nur in Zeitungspapier eingewickelte Vergißmeinnicht oder wenige Tulpen. Und Erfurt war und ist eine Blumenstadt! Blumen haben überhaupt Seltenheitswert. Vor Zimmerfenstern findet man sie selten, Bäcker-, Fleischerläden, Textil- oder Spielzeuggeschäfte enthalten nach wie vor nur wenige gleiche Produkte. Bunter, aber nicht einladender werden diese Dürftigkeiten durch Plakate, die den Sieg des Sozialismus verheißen, den Abbau der „Nato-Raketen“ fordern, auf das „Friedensfest der FDJ zu Pfing-

sten verweisen oder Karl Marx in immer neuen Variationen abbilden. Sein bärtiges Antlitz fällt uns „Westlern“ überall ins Auge; an Straßenrändern, auf Büchern, an Häuserfronten, auf Medaillen. Er ist – vor allem im Marxjahr (1813–1883) „der größte Sohn des deutschen Volkes“, andere wie der Weimarer Klassiker Wieland (geb. 1733) mit seinen geistvollen „Geschichten der Abderiten“, diesen antiken, anzüglichen Krähwinkeleien, oder wie Herder, Schiller und Goethe gehören nur zu den größten Söhnen des deutschen Volkes. So fein wird differenziert. Die Gedenkstätten der Klassiker werden gepflegt, ihre Werke in die sozialistische Kultur ideologisch eingeordnet und für die DDR-Friedenspolitik vermarktet, instrumentalisiert. Indessen kann, wer es will, sich im Schillerhaus an der Esplanade (Schillerstraße) auf den liebenswerten Dichter menschlicher Freiheit und Bindung einstellen oder am Frauenplan und noch mehr im Gartenhaus jenseits der Illm darüber nachdenken, wie bescheiden und beispielhaft Goethe lebte und wirkte, formte und ordnete, das multum stets mehr im Auge als die multa, das Vielerlei, das Nebeneinander des häßlich Ungeordneten.

Weimar ist gefüllt mit sichtbaren Erinnerungen an die deutsche Klassik, aber noch heute sind auch Enge und ein wenig Abdera zu spüren.

Die Evangelische Studentengemeinde von Weimar bietet mit den Katholiken ein gemeinsames hektographiertes Semesterprogramm an, das einer ESG wohl ansteht. Kein Vergleich mit den Marx- oder Südafrika-orientierten Angeboten etwa der Bremer ESG. Die Weimarer Studentengemeinden beginnen mit einem Lutherwort, das „Weimar“ wie Luther wie unsere Zeit gut beleuchtet. Es lautet: „Es ist wahr, daß halbgelehrte Leute die unnützlichsten Leute auf Erden sind. Und es wäre ihnen besser, daß sie gar nichts könnten. Denn sie gehorchen niemand, können selbst alles besser als alle Welt, wissen alle Kunst und Schrift zu beurteilen und in Summa: Sie können niemand etwas Rechtsschaffendes lehren und lassen sich auch von niemand belehren. Sie haben den Schulsack gefressen, der leidet keinen Meister, und haben doch

kein Buch darinnen, daß sie andere unterweisen können."

Das hat Luther gut und klar gesagt; Luther begegneten wir auf der Wartburg, in der mittelalterlich karg eingerichteten Studierstube, hier übersetzte der Reformator der Kirche das Neue Testament 1521/22 in ein Deutsch, das uns noch heute entzücken würde, wenn es nicht im steigenden Maße ins Blutleere revidiert worden wäre. Auch ohne Martin Luther, ohne die heilige Elisabeth von Thüringen, ohne die Minnesänger, die Burschenschaftler von 1817, ohne Moritz von Schwinds Fresken und erst recht ohne die pompösen Restaurationen, die Kaiser Wilhelm II um 1900 veranlaßt hat, wäre diese mächtige Burganlage eindrucksvoll und eine Reise wert. Allein der Blick über die unendlich weit sich erstreckenden Waldgebiete dieser thüringischen Mittelgebirgslandschaft. Welche eine hinreißende, deutsche Landschaft, in die die deutsch-deutsche Grenze schmerzhaft einschneidet.

Luthers Spuren begegneten wir noch stärker im gerade wieder hergestellten Augustinerkloster von Erfurt. Dort bemerkte eine erklärende Dame auf meine Freude über lebendiger werdende Ökumene in Bremen: „Das haben wir evangelische und katholische Christen auch in Erfurt, auch in der DDR nötig“, gerade hier und jetzt müsse man zusammenstehen und sich stützen. Diese Ökumene wurde gerade in diesen Tagen des Erfurter Kirchentages deutlich. Katholische Kirchen wie St. Severi und der Erfurter Dom dienen evangelischen Gottesdiensten. Weil dies so war, konnten wir den Dom am Sonnabend leider nicht besichtigen. Im Renaissancehöfchen des Augustinerklosters, in der Hallenkirche, überall wurde ein „Markt der Möglichkeiten“ gemeinsamen Spielens, Feierns und Singens vorbereitet. Das fröhliche Treiben, Beatklänge und der Duft des Selbstgebackenen erfüllten die Luft, und wir hätten gern am Nachmittag mitgefeiert, aber da war die Wartburg vorgesehen. Vormittags zeigte uns Frau Wrede schnellzünftig, im lieblich-angenehmen Tonfall Thüringens, überaus liebevoll und kenntnisreich diese gepflegte Stadt, deren Restauration unter der Schirmherrschaft, wenngleich nicht unter dem Goldregen der Unesco steht.

So erlebten wir nur die Vorbereitungen mit, die den thüringischen Regionalkirchentag in Weimar, Eisenach, Sömmerda und Erfurt am Wochenende vor Pfingsten mit über 30 000 Besuchern enden ließen. Dies ist der erste von sechs Kirchentagen, die 1983 nacheinander in allen Bistümern der DDR gefeiert werden. Anlässlich des Kirchentages von 1978 wurden die Verhältnisse zwischen SED-Staat und evangelischer Kirche neu geregelt. Es ist schon jetzt erkennbar, daß auch die Kirchentage von 1983 die DDR verändern werden. Sicherung des Friedens, Schutz der Natur mögen auch offizielle Parolen staatlich geplanter Großdemonstrationen sein, hier auf diesen Kirchentagen, aus den Kreisen junger engagierter Christen kommen andere, glaubwürdigere, nachdenklicher stimmende Töne hinzu. Die gemeinsame Kirchentagslosung „Vertrauen wagen“, die viele auf kleinen ledernen Kreuzen auf der Brust tragen, ist die verkürzte Form von Luthers Auslegung des ersten Gebotes im Kleinen Katechismus: „Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen“ Dieses Wort bedeutet klar: Vertrauen in die vorletzten Dinge wie Staat, Fortschritt und große Menschenworte ist brüchig geworden. Im Mittelpunkt des Kirchentages steht nicht Luther, nicht Menschenwerk, sondern Gott und der auf Gott und den Mitmenschen angewiesene Mensch. Dies wiederum wird deutlich am Unterthema: Vertrauen wagen – Brücken schlagen zu dem, der anders ist. Und die Liste der Anderen, der Mächtigen wie der Schwachen, der Gesunden wie der Kranken, der Starken wie der Hilfsbedürftigen ist lang. Jugendliche, einfache Leute beherrschen das Bild des Kirchentages.

Wir wandern indessen bei schönstem Sonnenwetter eilenden Fußes durch Erfurt, das einst im Mittelalter reich geworden ist durch den Anbau von Waid, dem Vorgänger des blaufärbenden Indigo, reich geworden auch durch die Lage, im Schnittpunkt zweier Handelsstraßen, nämlich der Nord-Süd-Straße, auf der Salz und Trockenfisch sowie Mittelmeeresprodukte gehandelt wurde und der Straße, die Frankreich und die Champagnemessen mit Moskau und Samarkant verband. Noch heute künden 20 gotische Kirchen, künden die prächt-

igsten Renaissancehäuser vom Reichtum einer Stadt, die schon 1392 eine städtische Universität errichtet hatte, die 1992 wieder hergestellt sein soll. Luther hat hier studiert, einem Humanistenzentrum wie Augsburg, Nürnberg oder Straßburg. „Erfurt allein ist eine Reise wert“, meint auch der Schriftsteller Horst Krüger (FAZ vom 21. Mai 1983): „Geh durch die Bahnhofstraße zum Alten Ring, der heute Gagarins Namen trägt. Selbst Sowjetastronauten können den Glanz der Geschichte, der sich hier trifft, nicht überstrahlen. Geh weiter zur Lorenzkirche, dann zur Krämerbrücke, auf der, eng gedrängt, lauter herrliche, schmale Fachwerkhäuser stehen: dreiunddreißig sollen es sein. Biege dann links ab zum Fischmarkt. Geh durch die Marktstraße. Paläste und Patrizierhäuser begleiten. Sie erzählen vom Stolz und Adel einer versunkenen Zeit.“

Dann bricht die Enge der Marktstraße ab. Ein weiter Platz öffnet sich. Seine Leere verblüfft. Man hebt den Kopf und staunt: Da erhebt sich am Ende der großen Leere, hinten, hoch oben, wie ein gewaltiges Gebirgsmassiv eine Gottesburg, sozusagen: grau, majestätisch, unendlich beredet in ihrem Schweigen. Links steht der Erfurter Dom, rechts die St.-Severikirche. Das Ganze hat etwas von der Faszination einer großen Bühnenszenenführung. Eine breite Freitreppe führt, gelegentlich dekorativ versetzt, nicht ohne Festlichkeit zum Dom empor. Ich weiß nicht, woran das liegt, ging es mir hier durch den Kopf. Die konnten früher einfach bauen. Die wußten noch, wie man einen Platz inszeniert. Keiner kann das heute mehr, in Ost und West. Wir leben in dürftiger Zeit. Wir wissen nichts mehr davon, daß die Welt eine Bühne und wir Menschen die Spieler auf ihr sind.“

Vielerlei Schönem begegneten wir in diesen fünf überwiegend sonnigen Maitagen: dem Naumburger Dom, seinen hochmittelalterlichen Reliefs im Ostlätner und den wahrhaft eindrucksvollen Stifterfiguren, ruhigen, in sich ruhenden Gestalten aus der Frühzeit einer Bildhauerkunst, die bestimmte, benennbare Menschen abbildet, nicht Typen. Eine junge Theologiestudentin erklärte und setzte auf eine

unaufdringliche Weise Steingewordenes wieder in Frohe Botschaft um.

Bergauf, bergab führende Landstraßen, umgrenzt von Linden, Kirsch- oder Apfelbäumen, Alleen, die an Kindheit, an Vorkriegsdeutschland erinnern, wie Kopfsteinpflaster oder unverändert einfache Dorfläden.

Ein kurzer Aufenthalt in Quedlinburg, beherrscht vom hoch gebauten Dom, unglaublich reich an Fachwerkhäusern, viele restauriert, dies städtische Kleinod des Osthartz anziehend machend; anderes zerfallend, ungepflegt, unverputzt, abrißverdächtig – wie so viele Gebäude in der DDR. Nun beginnt man auch im Land des realen Sozialismus mehr für die Erhaltung und Pflege überlieferter Bausubstanz zu tun, nachdem man jahrzehntelang verfallen ließ.

Erfurt, Quedlinburg oder Dresdens Schaustücke sind dennoch eher die Ausnahme. Die Regel sind gigantische Wohnblocks, denen sich die Menschen anpassen müssen. Produkte akuter, noch lange währender Wohnraumnot und unveränderter vernetzter Planwirtschaft. Die sozialistische Wirklich-

keit spiegelt sich in offiziellen Texten zur „Organisation der Wohnraumlenkung“ oder in „Geistig-kulturelles und sportliches Leben und soziale Betreuung der Werktätigen im Betrieb“ wieder. Dazu zwei Lesebeispiele: Die Qualifizierungsmaßnahmen der Wohnraumlenker dienen dazu, „auf der Grundlage und in Fortführung der marxistisch-leninistischen Weiterbildung der Kader des Staatsapparates weitere ... Kenntnisse der wissenschaftlichen Organisation der staatlichen Lenkung zu vermitteln.“ Und: „Im Mittelpunkt steht dabei die Erhöhung des Kulturniveaus der Arbeiterklasse und ihres Einflusses auf die Entwicklung der sozialistischen Kultur und Kunst.“ Alles soll in den Sozialismus münden, auch das nationale Kulturerbe, also auch Goethe, Schiller, Hofkirche und Zwinger, August der Starke und Luther. Nur, Kunst und Kultur sind immer auch subversiv, individuell, unangepaßt, maßstäblich, kurzum: menschlich. Und ihre Sprache ist menschlicher, unberechenbarer als gestanzte Bürokraten- und Polit-sprache.

Wie schrieb Luther doch den Ratsherren deutscher Städte: „Die

Sprachen sind die Scheiden, darin das Messer des Geistes steckt. Sie sind der Schrein, darinnen man dieses Kleinod trägt. Sie sind das Gefäß, darin man diesen Trunk fasset.“

Im Lutherjahr sollte man Luther lesen; dieses lehrreiche, bildende Vergnügen sollte man sich nicht nehmen lassen. Im Lutherjahr sollte man auch Lutherstätten aufsuchen. Dies haben wir Bremer getan, aber manches bleibt noch zu sehen, genauer anzusehen: Wittenberg, andere Lutherstätten in Erfurt, Eisenleben oder Eisenach. Wir können fahren, zwar bedrückt durch beängstigende Grenzübergänge, durch Mauer, Todesschußanlagen und Teilung, aber wir können fahren und wahrnehmen, wie andere Deutsche, die seit über 50 Jahren in Unfreiheit leben oder politische Freiheit aus eigener Erfahrung nicht kennen, sprechen, denken und für Gespräche dankbar sind.

Wir mögen „Mauersegler“ sein, aber wir sollten von unseren Freiheiten Gebrauch machen, nämlich in die DDR zu reisen, wahrzunehmen und zu sprechen. So und nur so wird der Begriff der deutschen Nation mit Leben erfüllt.

Zwischen Psychoterror und der Freiheit eines Christenmenschen

**Ansprache von Landesbischof i. R. Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland
anlässlich der Verleihung des Traugott-Bender-Preises**

Zum Gedächtnis an den 1979 verstorbenen Justizminister und langjährigen EAK-Landesvorsitzenden in Baden, Dr. Traugott Bender, hat die CDU Baden-Württemberg den Traugott-Bender-Preis gestiftet. Dieser Preis wird in zweijährigem Rhythmus an Persönlichkeiten verliehen, deren Werke, persönliche Haltung und öffentliche Tätigkeit als Beispiel für christliche Freiheit und Verantwortung in Gesellschaft und Politik gelten können.

Erster Preisträger war 1981 der Gründer und Präsident des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland, Prof. Dr. Arnold Dannenmann. Am 11. Mai 1983 wurde der Preis dem ehemaligen Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden, Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland verliehen.

Dr. Heidland, am 20. Juli 1912 geboren, war bis 1980 insgesamt 16 Jahre lang an der Spitze der Evangelischen Landeskirche Baden tätig. In all diesen Jahren vereinte er in sich den Seelsorger, den aufgeschlossenen Sachwalter seiner Kirche sowie den Wissenschaftler von hohem Rang.

Als Bischof hat er die Neuordnung der Landeskirche vorangetrieben, nach neuen Formen des Gottesdienstes gesucht und sich insbesondere für die Ausbildung der jungen Theologen und die Weiterbildung der Pfarrer eingesetzt. Er führte auch das sogenannte Kontaktstudium ein, das Pfarrer für ein Semester an die Universität zurückführt.

Dem Zusammenwirken der Kirchen in diesem Lande im ökumenischen Gelste galt darüber hinaus sein besonderer Einsatz.

Als ich nach jahrzehntelangem Dienst auf Landesebene für zwei Jahre eine kleinstädtische Gemeindepfarre verwaltete, erfuhr ich zwar nicht völlig Neues. Ich fühlte mich eher wie einer, der das bisher Vertraute einmal unter der Lupe betrachtete. Freilich, was ich da zu sehen bekam, öffnete mir doch die Augen für mir bisher nicht bewußte Vorgänge:

Natürlich wußte ich schon von der unheimlichen Verquickung der pubertären Opposition mit Drogen und Sex. Aber es ist doch einmal etwas anders, wenn man als Gemeindepfarrer hautnah erlebt, wie ein junger Bursche, den man als interessierten Konfirmanden gern

gewonnen hatte, in die Hörigkeit eines anarchistischen Rattenfängers gerät und in einer Kommune eingefangen wird, die ihre Freiheit im Rausch auslebt und ein Reservoir terroristischer Aktivisten bildet.

Gewiß gehörte es seit Jahrzehnten zu meinem mühsamen Geschäft, die Spannung zwischen der volksskirchlichen Institution und charismatisch-erweckten Gruppen nicht zur Spaltung und Konfrontation werden zu lassen. Aber es ist wieder etwas anderes, aus nächster Nähe zu beobachten, wie ein Gemeindeglied in den Bann eines Unternehmens amerikanischen Ursprungs kommt, das seine finanziellen Ziele mit einer evangelistischen Fassade tarnt. Oder wenn man einem Mädchen, das sich als durch eine Evangelisation bekehrt bezeichnet, den Sinn eines biblischen Zusammenhangs erklären möchte und merkt, daß das Mädchen überhaupt nicht zuhören kann. Es ist fixiert auf fromme Phrasen, benützt das Bibelwort als Schlagwort und schwört auf die alleinige Autorität seines Gurus.

Weiter: Ich hatte früher schon die bittere Erfahrung gemacht, daß der Weg zur Einheit der Christen verbaut ist durch konfessionalistische Ängstlichkeit und restaurative Machtgelüste. Aber es ist auch hier wieder etwas anderes, wenn mir ein mit den örtlichen Verhältnissen wohlvertrauter Mann erklärt, er fühle sich in seiner Toleranz hintergangen und mißbraucht: die entscheidenden Dienststellen des Landkreises, zu dem doch reformatorisches Kernland gehöre, seien katholisch besetzt, und im Gewerbe verdrängten die Katholiken die Protestanten. Es falle ihm schwer, dies als Zufall zu betrachten oder als Vorkommnis von nur lokaler Bedeutung. Er sehe dahinter eine langfristige Strategie: Nach außen werde an die evangelische Großzügigkeit appelliert, in der Praxis sei eine schleichende Gegenreformation im Gang.

Bei solchen Vorgängen kommt eine ganz bestimmte Methode des zwischenmenschlichen Umgangs zum Vorschein. Ob nun anarchistische Drahtzieher die Jugend zu Marionetten entwürdigten, ob frömelnde Geschäftemacher und religiöse Despoten ihre Gefolgschaft an die Leine nehmen, ob die Ökumene als Versteck für den konfes-

sionellen Eigennutz mißbraucht wird, — immer werden Bewußtsein und Wille des Menschen eingeschläfert und ausgeschaltet, um einen unmittelbaren Zugang zu den emotionalen Kräften der Psyche zu finden und den Menschen zu beherrschen. Es handelt sich im Grunde um das gleiche Verfahren, das wir bei einem Hypnotiseur auf dem Jahrmarkt bestaunen: Der Mensch wird in seiner Ganzheit zerstört und erfährt einen Eingriff in seine Persönlichkeit; man beraubt ihn, wenn auch nur vorübergehend, dessen was ihn vom Tier unterscheidet; man entmündigt ihn. Immer sind es Hypnotiseure, die im Dunkeln, sorgsam verborgen, ihr Unwesen treiben, nicht selten hinter der Maske einer angesehenen Persönlichkeit. Hinter der freundlich verputzten Hausfront und hinter leuchtenden Fenstergeranien haust nicht selten der Psychoterror.

Zum Hohn auf den technischen Fortschritt schwelen nach wie vor unter der Oberfläche alte heidnische Zauberpraktiken, einst die Kunst des gefürchteten Medizinmannes, nun geübt von jenen Dunkelmännern. Schwarze Messen werden zelebriert, der böse Blick macht Mensch und Vieh krank, ganz zu schweigen von der weitem grassierenden Wahrsagerei, — alles wieder mit der gleichen Methode der Entmündigung des Menschen, nur jetzt mit dämonischer Magie.

So das Bild unter der Lupe. Ich fürchte, daß sich allenthalben Ähnliches zeigt, wenn man nur genauer hinschaut und die Bannmeile des Schweigens, die den Fremden abhalten soll, durchbrochen hat. Das aber heißt: Wir bekommen etwas ins Blickfeld, dessen Bedrohlichkeit und Ausmaß uns bisher unbekannt war, für das wir darum auch noch keinen Namen haben. Gewiß, der Einfluß der Medien, der Wirtschaftswerbung, der politischen Propaganda wird längst gesehen und kritisiert. Kaum bewußt ist, daß diese sich der gleichen Methode bedienen, wie die vorhin beschriebenen Kräfte: Wenn eine Schlagzeile beim Leser Vorurteile gegenüber der nachstehenden Meldung weckt, wenn im Supermarkt ein bestimmter Walzer die Hausfrau ihre knappe Kasse vergessen läßt, — das Bewußtsein, wird umgangen, um den Menschen unter Ausnutzung seiner Triebe gegen seinen

eigentlichen eigenen Willen zu steuern.

Das beginnt, recht gesehen, schon in der alltäglichen Lüge. Unsere Sprache bringt das Wesen dieses Vorgangs treffend zum Ausdruck: Die Lüge „verletzt“ — eben die Würde des denkenden Menschen. Sie beschränkt sein Wissen, als wäre er „beschränkt“. Der Belogene wird „für dumm verkauft“, „hinters Licht“ der Vernunft „geführt“, wie ein Tor soll er nicht die ganze Wirklichkeit sehen. Und das alles, damit sein Verhalten zugunsten des Lügners beeinflusst wird. Ganz deutlich wird das bei der politischen Lüge, wenn, etwa vor der Wahl, Stimmen wie Fische am Köder der Lüge eingefangen werden; ohne Bild: wenn der Bürger durch falsche Information „geformt“ werden soll.

Die Psychologie hat uns darüber belehrt, daß aus unserem eigenen Unbewußten Energien die Kontrolle des Ich-Bewußtseins zu umgehen und unser Verhalten zu bestimmen suchen. Nun müssen wir dazulernen, daß die Ausschaltung unseres Bewußtseins auch von außen versucht wird, nicht nur in guter Absicht, wie bei der therapeutischen Hypnose des Arztes, sondern meist zu verwerflichen Zwecken.

Wir erkennen heute, daß chemische Fremdstoffe die Umwelt vergiften, und wir zittern vor der atomaren Verseuchung. Daß auf geistig-seelischem Gebiet durch Fremdeinflüsse eine Schädigung, nun des Menschen selbst, vor sich geht, dafür sind wir noch blind oder wir verharmlosen die Gefahr, wie dies noch bis vor kurzem mit den Umweltschäden geschah. Vielleicht daß sich im Ruf nach Selbstverwirklichung eine Ahnung von dieser Gefahr Luft macht. Wie dem auch sei, die ökonomische und die ökologische Krise ist die Außenseite eines seelischen Unheils, das auf uns zukommt: Der Mensch stirbt — wie sein Wald; genauer: Das Menschsein des Menschen verkümmert, und wahrscheinlich ist der innere Schaden die Ursache für den äußeren.

Ich nenne diese unheimliche Gefahr, bis sich ein besseres Wort findet, Suggestion. Politisch ausgedrückt: Demokratie endet, wenn der Mensch der Suggestion erliegt und Herdentier wird. Was ein Goebbels inszenierte, war die Sug-

gestion eines ganzen Volkes. Der totale Staat ist institutionalisierte Suggestion. Suggestion in jeder Form macht anfällig für den totalen Staat.

Was kann dagegen getan werden? Diese Frage ist nicht weniger dringend als die nach der Beseitigung der chemischen Fremdstoffe. Und sie ist nicht weniger verwickelt als die Abhilfe gegen das Waldsterben. Gegen grobe suggestiv Machenschaften sind wir durch Verfassung und Gesetz geschützt. Wir sollten dafür viel dankbarer sein! Auch das bevorstehende vermehrte Angebot von Rundfunksendungen kann durch Aufsichtsgremien auf offensichtliche Emission seelischer Schadstoffe überprüft werden. Allein, der vergiftenden Quellen sind unübersehbar viele. Sie lassen sich nicht durch Gesetze abstellen, zumal sie, wie wir bereits sahen, im Verborgenen wirken. Gegen Vorgänge, wie sie vorhin unter die Lupe genommen wurden, kann man nicht polizeilich oder disziplinar einschreiten. Hier bleibt nur eines: Der Einzelne selbst muß aktiv werden und sich wehren. Das ist, recht betrachtet, auch sinnvoll. Da es um meine eigene Person geht, um mein Selbst, kann mir niemand diese Selbstverteidigung abnehmen. Ich käme sonst nicht zu mir selbst und bliebe ein unmündiges Kind. Den Kampf um die innere Selbständigkeit muß jeder für sich führen. „Da tritt kein anderer für ihn ein, auf sich selber steht er da ganz allein...“. Erwachsen ist, wer diesen Kampf aufnimmt.

Inmitten der Vermassung unseres Daseins taucht mit einem Mal wieder der Einzelne auf, die Persönlichkeit. Inmitten der globalen Blöcke, übergreifenden Strukturen und Gipfelkonferenzen zeigt sich plötzlich der schlichte Mensch als Träger der letzten Entscheidung. Der bisherige bürgerliche Tugendkatalog – Fleiß, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit usw. – muß ergänzt und umgestellt werden zugunsten von Selbstkritik, die sich der eigenen Schwächen und Sehnsüchte bewußt wird (denn an diese knüpft die Suggestion am liebsten an), – Fähigkeit, Schlagworte zu hinterfragen, – Verzicht auf Vorteile, die nur durch Unrecht erreicht werden, – Unaufdringlichkeit, das Unterlassen suggestiver Einflüsse auf andere durch Impo-

niergehabe. Und das alles nicht als einmalige Leistung, sondern als lebenslanger Prozeß.

Ich halte erschrocken ein und überlege: Wie kann ein Mensch, ein Durchschnittsmensch wie ich, das schaffen? Ist ein Mensch aus Fleisch und Blut nicht weit überfordert?

Tatsächlich, er ist es, er wäre es, wenn er nicht beherzigt, daß er auf seiner Seite die Macht hat, die stärker ist als Suggestion. Wir müssen einmal das Neue Testament unter diesem Gesichtspunkt, der Abwehr seelischer Fremdeinflüsse zu verstehen suchen. Zwar begegnen uns dort nicht die modernen Reizworte, aber es geht um unsere Befreiung aus dem Bann suggestiver Kräfte. Warum verbietet denn Jesus dem von ihm Geheilten, mit seiner Genesung für den Heiler Propaganda zu machen? Warum verzichtet er bei seiner Verhaftung auf jeden Beweis seiner göttlichen Vollmacht und nimmt die Ohnmacht des Kreuzes auf sich? Warum zeigt er sich auch nach der Auferstehung nur seinen Jüngern, unterläßt jede Show und hinterläßt der Welt nur das verbale Zeugnis in der zuweilen ungelassenen und schwer verständlichen Sprache der ersten Gemeinde? Antwort: Weil er nicht hypnotisieren will. Weil er uns die Freiheit schenkt zum Glauben oder Unglauben. Weil er uns die Gottesgabe des Denkens erhalten und neu ermöglichen will. Weil das Reich Gottes, das er uns öffnet, vollendete Menschen umfaßt, reife, in ihrer persönlichen Veranlagung entwickelte, freie Wesen. Weil schon in unserem jetzigen Dasein die Kinder Gottes nicht in infantiler Unbewußtheit ihre Tage verspielen, sondern als Mündige wissen, was sie tun, also bewußtmaßen – allem Gefühl und Augenschein zum Trotz, entgegen allen Einflüssen und den Wind im Gesicht – an der Güte des Vaters im Himmel festhalten und sich von ihr festhalten lassen. Daß Jesus aufgefahren ist in den Himmel, heißt, daß diese Mündigkeit des Menschen sich durchsetzen wird, wenn nicht in diesem Leben, dann gewiß in dem vollendeten. Sie steht wie ein Leuchtfeuer über der Nacht der Magie und den Wogen der Leidenschaften. Wer auf den Erhöhten sieht, weiß worauf es ankommt, wird wachsam und nüchtern und läßt sich nicht beirren.

Es hat seinen tiefen Sinn, daß der Erhöhte durch das biblische Zeugnis nicht nur zur Menschheit als ganzer spricht. Er richtet an jeden Einzelnen ein höchstpersönliches Wort, in jedem Augenblick ein besonderes. Das biblische Wort ist nicht identisch mit diesem lebendigen Wort des Herrn, wohl aber ist es dessen Sprachrohr. Das zwingt den Glaubenden zum angestregten Hinhören, zum Denken. Und da er nur selber das ihm bestimmte lebendige Wort vernehmen kann, muß sein Denken sein selbständiges sein. Zum Glauben gehört wesenhaft selbständiges Denken – nicht zu verwechseln mit intellektualistischem Glasperlenspiel. Es ist Selbstbehauptung in der Nachfolge Christi. Verarbeitung der Einflüsse von Umwelt und eigenem Unbewußten. Sobald der Mensch einmal nachzudenken beginnt, ist die Suggestion im Grunde besiegt und der Zauber der Magie gebrochen.

Und die Kirche?

Die durch Jesus ermöglichte Selbständigkeit ist kein individualistischer Alleingang. Der Einzelne braucht die Ermutigung und Anleitung durch die Gemeinschaft, und diese braucht seine Hilfe. Die Gemeinschaft der Freien, die in dem vollendeten Leben auf uns wartet, sollte schon jetzt beginnen, nun indem der eine dem anderen beisteht, daß jeder mündig wird. Die Kirche sollte in allen Lebensäußerungen, vom Religionsunterricht über die Diakonie bis zur Seniorenarbeit, zu dem persönlichen Ringen um Selbständigkeit helfen. Das Kollektiv bindet den Einzelnen an sich und macht ihn zum automatischen Werkzeug der Führung. Die Gemeinde Jesu sollte dem Glaubenden beistehen, seine Identität zu entwickeln und erwachsen zu werden.

Ich formuliere immer: Die Kirche „sollte“ –, denn ich weiß, sie tut es nicht, Gott sei's geklagt! Ich spreche jetzt nur von meiner eigenen. Ihre Gefahr ist nicht, daß sie Suggestion ausübt. Ihr Elend ist, daß sie der Suggestion erliegt. Ich gerate bei der Lektüre fast jeder Ausgabe des epd in eine Mischung von Zorn und Verzweiflung, wenn ich lese, wie gerade Sprecher der Kirche der Suggestion gesellschaftlicher Tagesparolen zum Opfer fallen und sich von der Faszination

der Massendemonstrationen mitreißen lassen. Sie müssen etwas anderes sagen als die Sprechchöre, etwas, das ungern gehört wird und unbequem ist, das, wenn es die Kirche nicht sagt, sonst niemand sagt: daß die Befreiung der Welt mit der Befreiung beginnt, die der Einzelne in sich erkämpft gegenüber zerstörerischen Einflüssen von außen und innen. Demonstrieren, hinweisen müssen die Repräsentanten der Kirche auf das himmlische Leuchtfeuer, das allein davor bewahrt, vom Feuerwerk der Ideologien geblendet zu werden. Ich meine damit nicht eine Alternative: Politik oder Evangelium. Unter Umständen muß bei einem konkreten parteiinternen Vorgang auf die damit verbundene Suggestivwirkung hingewiesen werden, und dies mag durchaus die Aufgabe eines Sprechers der Kirche sein; und umgekehrt muß der kirchliche Beistand sich manchmal auf spezifisch gesellschaftliche Einflüsse beziehen.

Auf jeden Fall muß der Schwerpunkt kirchlicher Arbeit die Bemühung um den Einzelnen sein. Weil ihm entscheidende Bedeutung im Leben zukommt, muß sich auch die Kirche für ihn im besonderen einsetzen. In den letzten Jahren ist meine Hochachtung vor dem Gemeindepfarrer nur noch gestiegen. Was er, unbeachtet von der Öffentlichkeit, Tag und Nacht für diesen Einzelnen leistet, ist immens. Dabei steht er unter dem ständigen Druck

der verschiedensten Gruppen: unter der Drohung der Mafia, dem unstillbaren religiösen Konsumbedürfnis der „Kirchentreuen“, der aufreizenden Gleichgültigkeit der Mehrzahl, der strengen Aufsicht der Entschiedenen. Daß er am Ende nicht ein Spielball dieser Einflüsse wird, ist ein schieres Wunder.

Als sich Traugott Bender für den Beruf eines Anwalts entschied, erklärte er seinem Vater – wie der mir damals erzählte –, er verstehe seine Arbeit nicht als raffinierte Suche nach Lücken im Gesetz, sondern als die Mühe, zugunsten eines Menschen alle Möglichkeiten des Rechts auszuschöpfen, damit dem Menschen ja kein Unrecht geschehe; das sei Nachfolge Christi. Ein wunderbares Wort, das sich mir tief eingepägt hat! Man darf es wohl auch als Motto über Traugott Benders Dienst als Politiker und Justizminister setzen: „Alle Möglichkeiten des Rechts zugunsten eines Menschen ausschöpfen, damit diesem ja kein Unrecht geschehe“. Zum Recht des Bürgers zählt aber auch seine seelische Unverletzlichkeit. Will der Politiker dieses Recht wahren, muß er den Bürger auch vor Suggestion bewahren, auch vor der eigenen. Er darf ihn nicht manipulieren. Das ist im Unterschied zum Pfarrer die Versuchung des Politikers, daß er selbst die Rolle des Hypnotiseurs übernimmt. Will er dies nicht, so löst er eine Reihe von Konflikten in

sich aus: Einerseits braucht der Politiker die Stimme des Wählers, andererseits soll er ihm die Wahrheit sagen und damit seinen Unwillen riskieren. Einerseits soll er ihn überzeugen, andererseits darf er dies nicht auf Kosten der inneren Selbständigkeit des Bürgers tun. Einerseits soll er ihn führen, andererseits darf er seine Freiheit nicht gefährden. Das verlangt Takt, Geduld, Argumentationskraft, Mut, zur Unpopularität, Verzicht auf Effekthascherei, Opferbereitschaft, – wieder ein gerüttelt Maß von Fähigkeiten, über die niemand insgesamt und ständig verfügt. Doch ein Mann wie Traugott Bender zeigt, daß und wie dieses Verhalten immer wieder errungen werden kann. Es gibt einen Abschnitt im Epheserbrief, der eigens an den Politiker gerichtet zu sein scheint: „Seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke. Zieheth an die Waffenrüstung Gottes, daß ihr bestehen könnt gegen die listigen Anläufe des Teufels. Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächten und Gewalten, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel... Ergreifet den Schild des Glaubens, mit welchem ihr auslöseth die feurigen Pfeile des Bösen, und nehmet den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes...“ (Eph. 6,10–17)

Kurz notiert

Stellungnahmen zum Kirchentag

Überwiegend positive Beurteilung

Bonn: Überwiegend positiv wird der 20. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 8. bis 12. Juni in Hannover beurteilt, zu dem mehr als 140 000 Teilnehmer in über 2 000 Veranstaltungen zusammenkamen. Dies ergab eine Umfrage des Pressedienstes der Evangelischen Allianz „idea“ unter Kirchenführern, Politikern und Evangelikalen. Der

Vizepräsident im Kirchenamt der EKD, Dr. Hartmut Löwe, Hannover, äußerte, in Hannover habe „jeder seinen eigenen Kirchentag auswählen“ können. Daß die politische Grundströmung auf dem Kirchentag nicht konservativ sei, müsse noch nicht gescholten werden. Er bezeichnete es als beachtlich, daß etwa zwei Drittel der Besucher jeder Uniformierung durch politische Symbole widerstanden. Löwe wörtlich: „Die Kräfte, die einen klaren Kopf behalten haben, sind noch stark genug“. Es sei nicht selbstverständlich, daß über der Diskussion um den Frieden die Besucher nicht „unfriedlich geworden sind“. Kritisch nahm Präsident Löwe dazu Stellung, daß Altbischof Kurt Scharf

auch das umstrittene violette Tuch aus Protest gegen die Nachrüstung getragen habe: Es sei zu fragen, „wie geschmackvoll es ist, als emeritierter Bischof ein solches Tuch zu tragen“. Die Erzieher erziehen zu wenig. Wer auf komplizierte Fragen undifferenzierte Antworten gibt, wer Aporien mit Scheinlösungen kuriert, handelt fahrlässig und wird zum Verführer. Hier könnte ich zornig werden. Manches, was sich auf dem Kirchentag darstellte, zeigte – so Löwe – „wenig Geist, Geschmack, Gottesbewußtsein und Zeitgefühl“. Aber dieses Vielerlei sei zu ertragen. Er hält es für gut, „wenn der Streit um den Kirchentag von einer besonnenen und engagierten Mitarbeit abgelöst würde.“

Zu viele Hauskrähe schaden dem Haus des Glaubens.

Zu einer mehr kritischen Bewertung des Kirchentages kommt demgegenüber der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, **Pastor Manfred Otto**, Bad Homburg. Für ihn macht die Tatsache, daß „besonders junge Menschen zum Kirchentag pilgern“, deutlich, daß sich die „Erwartungen und Sehnsüchte heute außerhalb der örtlichen Kirchengemeinde artikulieren“. Es ehre die verschiedenen Evangelisten, daß sie sich dem Kirchentag „aus volksmissionarischer Verantwortung trotz seines fast unerträglichen Pluralismus nicht verweigert haben“. Als sehr bedenklich bezeichnete es Otto, daß eine Reihe von Rednern mit „falschen, nicht evangelischen Tönen“ Kirchentagsbesucher verwirrt hätten. Angesichts des Pluralismus auf dem Kirchentag sollten die Evangelikalen — so Otto — den „Gemeindetag unter dem Wort“ als den „evangelikalen Kirchentag“ ausbauen. Der nächste Gemeindetag findet 1984 in Essen statt.

Der niedersächsische **Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht**, Hannover, begrüßte die „verstärkte missionarische Verkündigung“ auf dem Kirchentag. Viele Menschen seien „zu Christus bekehrt worden“. Der Kirchentag habe jedoch die wesentlichen Dinge in Politik und Gesellschaft nicht beeinflussen können. Er habe aber dazu beigetragen, das Verständnis zwischen Christen zu fördern, die in vielen aktuellen Fragen unterschiedliche Auffassungen vertreten. Zum Engagement politischer Gruppen meinte Albrecht, die Reihenfolge zwischen Politik und Glaube müsse stimmen. „Das Wichtigste ist die Umkehr zu dem, der das Leben wirklich ist, Christus.“ Es sei nicht auszuschließen, daß sich unter die Kirchentagsteilnehmer viele gemischt hätten, „die vorgeben, Christen zu sein, aber Christen einspannen wollen für ihre politischen Absichten“. Albrecht war während einer Rede auf einer evangelikalen Großevangelisation während des Kirchentages mehrfach von Demonstranten gestört worden. Der Ministerpräsident wünscht sich für die nächsten Kirchentage, „daß die Anbetung Gottes und das intensive Hören auf sein Wort im Mittelpunkt stehen“.

Der **Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Horst Waffenschmidt**, Bonn, verglich den jetzigen Kirchentag mit dem vor zwei Jahren in Hamburg. Danach seien die Besucher in Hannover „viel fröhlicher und toleranter gewesen“ als 1981. Die Diskussionen waren — so Waffenschmidt, der auch der rheinischen Kirchenleitung angehört — von dem Willen getragen gewesen, sich gegenseitig zuzuhören. Es habe ihn beeindruckt — besonders am Stand der

Mission „Campus für Christus“ —, daß sich viele für das Gebet ausgesprochen hätten. Nicht gut fand der CDU-Politiker, daß manche versucht hätten, den Kirchentag politisch zu vereinnahmen.

Bundesminister Dr. Werner Dollinger, Bonn, kritisierte, daß in der Berichterstattung über den Kirchentag zuviel der politische Teil der Großveranstaltung dargestellt wurde und das Theologische in den Hintergrund trat. Seine Befürchtungen, daß die violetten Tücher zu einer Konfrontation hätten führen können, sah er nicht bestätigt: „Ich bin sehr beeindruckt, wie die Träger solcher Tücher zum Beispiel mit Bundeswehrsoldaten diskutiert haben. Ich finde es erfreulich, daß man so miteinander sprach.“

Trotz „spontaner, zündender Frömmigkeit“ ist der Kirchentag nach Auffassung des evangelischen **Militärgeneraldekans Reinhard Gramm** „nur bedingt repräsentativ“ für die Jugend und den Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland. Wie Gramm in Bonn erklärte, spiegelten insbesondere

Unsere Autoren:

Landesbischof i. R.
Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland
Vogelbach
7841 Malsburg-Marzell

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL
Geschwister-Scholl-Straße 10
4052 Korschenbroich

Dr. Friedrich Menke, MdBB
Koenenkampstraße 28
2800 Bremen 1

Prof. Dr. Gunther Wolf
Bergstraße 59
6900 Heidelberg 1

die Großveranstaltungen in Hannover „nicht das wider, was die breite Mehrheit in unserem Land denkt“. Die Bereitschaft zum Dialog habe nur mangelhaft darüber hinweggetäuscht, daß „tiefe, unüberbrückbare Gegensätze“ bestehen. Pfarrer Gramm wies darauf hin, daß neben überproportional vertretener Jugend viele Altersschichten nicht beim Kirchentag waren. Er äußerte die Vermutung, daß besonders die 30- bis 50jährigen entweder „schlicht vertrieben“ wurden oder „ausgewandert“ seien. Die Politiker hätten „teilweise auf der Anklagebank“ gesessen. Die von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Sicherheitspolitik sei „nicht angemessen zu Wort gekommen“. Als „besonders schmerzlich“ empfanden dies nach Gramms Beobachtungen die mehreren hundert Soldaten, die auf Einladung der Evangelischen Militärseelsorge am Kirchentag teilnahmen. Jungen Wehrpflichtigen habe „trotz beein-

druckender Friedfertigkeit und scheinbarer Toleranz der Wind ins Gesicht geweht“. Sie hätten als Christen in Uniform gespürt, daß plötzlich „Wände“ zwischen ihnen und ihren Alterskameraden beständen. Wie der Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr abschließend sagte, hätten vor allem die Großveranstaltungen mit viel Emotion gezeigt, daß „differenzierte Gedankengänge dort keine ernsthafte Chance“ haben. Die Frage müsse erlaubt sein, ob derartige Mammut-Demonstrationen das „Anliegen Kirchentag“ zukünftig noch vermitteln können.

Stimmen vom Kirchentag in Hannover

Blüm: Es kommt eine Rentensteuer Staatsminister Mertes warnt vor neuem Klerikalismus

Die hohen Renten sollen in Zukunft stärker versteuert werden. Dies kündigte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf dem Kirchentag in Hannover an. Blüm, der auf dem „Markt der Möglichkeiten“ diskutierte, wandte sich gegen eine pauschale Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sprach sich aber für eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit aus. Ferner meinte er, die Unterschiede zwischen berufstätigen und nichtberufstätigen Frauen etwa beim Mutterschaftsgeld müßten beseitigt werden.

Auf einem Forum über alternative Wirtschaftsmodelle sprach sich Blüm vor mehreren tausend Besuchern gegen eine „Aushöhlung der Solidargemeinschaft“ aus. Er warnte unter dem Beifall der Zuhörer vor den Politikern, „die auf alles eine Antwort haben“. Vor der Presse warf der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), den Kirchen in der Diskussion um die Friedens- und Sicherheitspolitik „ein ganz schönes Stück Anmaßung vor“. Es sei dringend vor einem neuen „Klerikalismus“ zu warnen, der sich „durch die Hintertür des Pazifismus“ einschleiche. Die Kirche könne weder für noch gegen den NATO-Doppelbeschuß sein und dürfe „weder auf- noch abgerüstete Kanonen segnen“.

Staatsminister Vogel zur Friedensdiskussion: Nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen

„Ich habe auch Angst, daß das System der Abschreckung einmal nicht funktionieren könnte. Aber diese Angst darf nicht zu Lähmungserscheinungen führen“. Das meinte Staatsminister Friedrich Vogel (CDU) auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU während des Kirchentages in Hannover. Vogel warnte davor, angesichts der schwierigen Lage auf

Konzeptionen zur Friedenssicherung zu verfallen, die der politischen Wirklichkeit nicht standhielten. Es gehe nicht an, „aus Angst vor dem Tod Selbstmord zu begehen“. Der frühere Vizepräsident der EKD-Kanzlei, D. Erwin Wilkens, Hannover, warf der Friedensbewegung vor, sie sei zu unpolitisch. Ihr fehle der internationale Aspekt sowie eine klare Vorstellung von der Sowjetunion wie von den Vereinigten Staaten. Von Besuchern der Veranstaltung wurde gefordert, in der Schule mehr „über die Gefahren des Kommunismus“ aufzuklären. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU), Bonn, bezeichnete es als gefährlich, die Sowjetunion und die USA bei der Diskussion um den Frieden gleichzusetzen. Man könne nicht davon absehen, daß die USA noch immer „unsere Schutzmacht“ sei. Er forderte auf, stärker nach den Ursachen für das gegenwärtige Wettrüsten zu fragen.

Innenminister Herzog:

Weiteren Ausländerzustrom stoppen

„Für mich ist der zunächst entscheidende Punkt, den weiteren Ausländerzustrom abzustoppen“, meinte der baden-württembergische Innenminister Dr. Roman Herzog, Stuttgart, zum Aus-

länderproblem gegenüber idea auf dem Kirchentag in Hannover. „Wenn das gelingt, bleibt das Problem der zweiten Generation“. In seinem Referat auf dem „Forum ausländischer Arbeitnehmer“ setzte sich der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU dafür ein, das Nachzugsalter von Familienangehörigen von Ausländern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, zu senken. Nur so könnten die „Möglichkeiten des deutschen Bildungssystems nutzbar gemacht werden“, um eine bessere Integration der jungen Generation von Ausländern zu erreichen. Demgegenüber betonte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, Hagen, daß solche Reglementierungen in einem „Land, das sich christlichen und humanen Traditionen verpflichtet weiß“, unverständlich seien. Frau Funcke wörtlich: „Es gibt kein anderes freies Land, das versucht, das engste Familienleben zu reglementieren“.

Grosser: „Neue Intoleranz im deutschen Pazifismus“

Gegen Verzichtserklärungen auf einen Erstschatz mit Atomwaffen wandte sich der französische Politologe Prof. Dr.

Alfred Grosser, Paris, auf dem Kirchentag in Hannover. Unter Pfiffen von Teilnehmern der Veranstaltung „Die Friedensfähigkeit der Deutschen von außen betrachtet“ erklärte Grosser, daß es ohne diese Haltung heute kein freies West-Berlin mehr gäbe. Ohne Atomwaffen, so Grosser weiter, „hätte schon längst ein Dritter Weltkrieg begonnen“. Weiter erklärte er: „Wenn es keine Abschreckung gäbe, wäre die politische Katastrophe für unsere Freiheit sicher“. Die Nachrüstung sei nicht nur eine Antwort auf die Aufrüstung mit sowjetischen Mittelstreckenraketen, „sondern eine neue Garantie der USA für unsere Verteidigung“.

Grosser kritisierte die „neue Intoleranz im deutschen Pazifismus“, der eine fast „klerikale Grundeinstellung“ zeige. Die christliche Feindesliebe gelte in der Friedensbewegung zwar, wenn es sich um die Sowjetunion handele, aber nicht „für die Politiker innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik, die eine andere Vorstellung von der Bewahrung des Friedens haben“. Er glaube jedoch nicht, daß die Deutschen einem „nachgiebigen Pazifismus“ verfallen seien.

Luther und die Obrigkeit

Gunther Wolf

„Keine Epoche möchte versäumen, Luther auf Ihrer Seite zu haben oder als unbequemen Widersacher zum Schweigen zu bringen“ schreibt Heinrich Bornkamm in seinem Vorwort zum Klett'schen Quellenheft „Luthers Bild in der Deutschen Geistesgeschichte“ (1958) und er fährt fort: „So ist die Auseinandersetzung mit der Gestalt Luthers, die für Deutschland und viele andere Völker religiös, geistig und in manchem auch politisch schicksalbestimmend geworden ist, wie wenige sonst, eines der spannendsten Kapitel der neueren deutschen Geistesgeschichte.“ Besonders kritisch wird insbesondere in jüngster Zeit Luthers Verhältnis zur Obrigkeit gesehen, mit dem sich der Autor Prof. Dr. Gunther Wolf, Historiker aus Heidelberg, auseinandersetzt.

Wir wissen heute, daß man Luther und seine Schriften ebenso wie die Schriften Goethes oder anderer Großer der Geschichte, vielleicht auch in gewisser Weise der Bibel nahezu für alles „verwenden“ kann, ja mehr noch, daß die Bibel wie Luther nahezu für alles verwendet worden sind. Luther als Kündler der Freiheit und Fürstenknecht, Luther als Sprachschöpfer und Grobian, als Schöpfer deutscher Seele und Spalter der Reichseinheit – wieviele Aspekte finden sich bei der Wertung Luthers!

Das ist irgendwie und irgendwo alles da. Das ist aber nicht Luther. Nicht Luther ganz. Sofern man Luther überhaupt als ein Phänomen der Geschichte ganz fassen kann. Dessen muß man sich bei jeder Spezialbetrachtung und Diskussion bewußt sein.

Nehmen wir gleichsam paradigmatisch einen wesentlichen Teil von Luthers Ethik, mit dem zu beschäftigen sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg und in den Befreiungskämpfen der Dritten Welt mehr und mehr Theologen, Historiker, Soziologen und Politiker anschicken: Luther und die Obrigkeit.

Nicht anders als bei anderen Menschen unterliegt bei Luther sein Verhältnis zum Staat einer Wandlung, abgeleitet aus dem jeweiligen Erkenntnisinteresse der Situation in der eigenen Vita, der eigenen Befindlichkeit – bei Luther freilich noch verstärkt durch sein Wesen und Wollen. Das läßt sich auch für seine positivere Beurteilung zugunsten des Staats nach 1526, wie für zunehmende Rigidität in der Judenfrage und in der Heiligenverehrung nachweisen. Daß freilich Ende 1521 keine „Wende“ zugunsten eines Widerstandsrechts, wie oft in der Literatur behauptet, eingetreten ist, glaube ich andernorts in meinem Aufsatz gegen Ernst Weimar nachgewiesen zu ha-

ben. Kaum je will Luther systematisch Stellung nehmen, eine „Lehre“ – am wenigsten eine Staatslehre – schaffen. Luthers Äußerungen zum Thema sind im wesentlichen seelsorgerische Ratschläge und Bedenken, in ihrer wörtlichen Situation also auf die jeweils konkrete Situation und auf den angesprochenen Adressaten hin formuliert. Scheinbare Widersprüche – nur um solche handelt es sich m. E. – erklären sich daher ebenso wie der Vorwurf, Luther sei gelegentlich „umgefallen“. Ich meine, wenn Luther gelegentlich anders akzentuierte oder gar anders sagt, so ist das viel eher von daher zu erklären als von der Aussicht auf eine neue Kutte oder das Augustinerkloster zu Wittenberg.

Versuchen wir Luthers Stellungnahme zum Staat zu ordnen, so fällt auf, daß beim jungen Luther eine gewisse Zurückhaltung feststellbar ist. In seinen Anmerkungen zu Augustins *de civitate dei* nach 1510/11 betont Luther den Gegensatz des Reiches Gottes als des Reiches des Geistes und der Liebe, das Gewalt und Kriege verabscheut, und den vergänglichen Reichen der Welt. In der Römerbrief-Vorlesung von 1515/16 zitiert er Augustins Wort von den Staaten als „Räuberhöhlen“ und meint, daß man wenige Fürsten finden könne, die nicht Diebe und Räuber seien oder wenigstens Söhne von Dieben und Räubern. „Sind nicht sowohl weltliche wie geistliche Fürsten übermütig, verschwenderisch, Ehebrecher und ganz böse Diebe, ungehorsam gegen Gott und Menschen und Urheber ungerechter Kriege, d. h. vielfältige Menschenmörder?“.

Nirgends wird zwar das grundsätzliche Recht, ja die Pflicht der gottgesetzten Obrigkeit, das Volk zu schützen, zu fördern und zu richten, bestritten. Aber der Mißbrauch der Macht wird gesehen, gegeißelt, bei weltlichen Fürsten allerdings eher weniger als bei geistlichen. Die Obrigkeit wird schon in jener frühen Zeit grundsätzlich bejaht – wie könnte Luther angesichts etwa Römer 13 auch anders – aber ihre konkrete Verhaltensweise wird überaus kritisch gesehen – freilich ist man ihr in weltlichen Dingen auch dann Gehorsam schuldig, weil ihre Macht eine von Gott delegierte ist. Dieser immer wiederkehrende Grund hat für Luther Konsequenzen.

1. Gott ist der Herr über alles und jedes für Luther; er nimmt Gott und seine Herrschaft, seine Allmacht „tödlich ernst“.
2. Wenn also nach der Schrift (Römer 13,1 Petr. 2 etc.) die Obrigkeit von Gott eingesetzt ist, so ist sie als *potestas indirecta*, als Statthalterin Gottes genauso tödlich ernst zu nehmen, wie Gott selbst, und man ist ihr grundsätzlich, solange Gott sie eingesetzt sein läßt und duldet, als „wer ein Christ sein will“ Gehorsam schuldig (dasselbe gilt auch für Eltern, Lehrer etc.).
3. Daraus folgt klar, daß ein Widerstand gegen die Obrigkeit für Luther nur da in Frage kommt, wo es nicht nur vielleicht oder anscheinend, sondern unwiderleglich gegen Gottes Gebot verstößt, etwa durch ein Verbot der Hl. Schrift.
4. Aber auch da ist „der Obrigkeit nicht mit Gewalt zu widerstehen, sondern mit dem Bekenntnis der

Wahrheit“. D. h. Christen sollen – und nur diese sind angesprochen – zwar die Wahrheit mutig bekennen, aber für sich selbst nichts abwehren, sondern gleich Christum auch Unrecht erleiden. Nur wenn der Nächste Unrecht erleidet, ist im äußersten Notfall gewaltsame Abwehr Pflicht.

Von dieser grundsätzlich festzuhaltenden Überzeugung aus ist Luthers Verhalten in jener Zeit zu sehen, die im Mittelpunkt der Kritik hier steht und stehen muß: in der Zeit des Bauernkrieges. Anfang 1523 hatte Luther spätestens seine für unser Thema einschlägigste Schrift „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ verfaßt. Sie erschien im März 1523. Im Juli 1524 erschien Luthers Schrift „Ein Brief an die Fürsten zu Sachsen von dem aufrührerischen Geist“, 1525 – wohl Ende April – entstand die „Ermahnung zum Frieden auf die 12 Artikel der Bauernschaft in Schwaben“, die an Bauern und Fürsten gerichtet ist, sie erschien Anfang Mai 1525. Anfang bis Mitte Mai erschien dann die zweite Auflage dieser Schrift unter der Überschrift: „Ermahnung zum Frieden auf die 12 Artikel der Bauernschaft in Schwaben. Auch wider die räuberischen und mörderischen Rotten der *anderen* Bauern“.

Vom Pfingsttag, dem 4. Juni 1525 haben wir Stephan Roths Niederschrift über Luthers Predigt (zu deren Vergleich Rörers nur siebenzeilige Nachschrift der selben Predigt heranzuziehen ist) „Verantwortung Dr. Martin Luthers auf das Büchlein wider die räuberischen und mörderischen Bauern“. Am 27. Juni 1525 heiratete Luther, bald danach ist sein „Sendbrief von dem harten Büchlein wider die Bauern“ an den Mannsfeldischen Kanzler Kaspar Müller anzusetzen.

In welcher konkreten Situation hinein waren die Schriften gewollt und in welche trafen sie:

1. „Von weltlicher Obrigkeit“ traf 1523 hinein in das Verbot Herzog Georgs von Sachsen, des Kurfürsten Joachim I. von Brandenburg und andere, Luthers Ausgabe des Neuen Testaments dürfe nicht gelesen werden. Die Schrift ist gewidmet Herzog Johann von Sachsen. Das von Luther selbst so bezeichnete „Hauptstück dieses Sermons“ (der 2. Teil) trägt die Überschrift „Wie weit sich weltliche Obrigkeit erstreckt“, d. h. es behandelt die *Grenze* staatlicher Macht, die als delegierte mit aller Deutlichkeit definiert wird. Im Zentrum steht: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29).
2. *Ein Brief an die Fürsten zu Sachsen* vom Juli 1524. 1523 war Thomas Münzer vom Rat zu Alstedt als Prediger an der Johanniskirche angenommen worden. Wohl – auch nach Meinung Luthers – unter dem Eindruck von Münzers Predigten war in Mallerbach am 24. März 1524 Feuer an die Wallfahrtskapelle gelegt worden, die Glocke zerbrochen und die Wertgegenstände entwendet. Diesem Ereignis und ähnlichen haben in einer gewissen Ratlosigkeit wegen des Anspruchs besonderer Geistoffenbarung bei Münzer und – wie Luther meinte in zu großer Toleranz – die Fürsten Friedrich der Weise und sein Bruder Johann tatenlos zugesehen und sogar im Frühjahr 1524 Münzer noch vor sich predigen lassen.

Hier sah Luther seine Grundposition (nach Römer 13) gegen gewaltsame Veränderung in Gefahr. Von seinem Standpunkt aus mußte er sich dagegen wehren. „Ich habe diesen Brief . . . allein aus der Ursache geschrieben, daß ich vernommen und aus ihrer Schrift verstanden habe, als wollte derselbe Geist die Sache nicht im Wort bleiben lassen, sondern gedenke sich mit der Faust dreinzumischen und wolle sich mit Gewalt gegen die Obrigkeit stellen, und alsbald einen leiblichen Aufruhr anrichten“.

Mit solchem Erfolg wandte sich Luther dagegen, daß Anfang August 1525 Münzer verhört wurde und bald darauf nach Mühlhausen entwich.

3. Die Schrift „Ermahnung zum Frieden“ entstand wohl Ende April 1525, sicher aber nach den 12 Artikeln Lotzers vom März 1525, auf die sich Luther ja ausdrücklich bezieht.

Zwischen März und Mai 1525 breitete sich der Aufstand, der die Rechtsqualität des Bruches des gesetzlich geschützten Landfriedens hatte (also nach damaliger Rechtsauffassung – und das muß man beachten – eines Verbrechens mit den strafrechtlichen Folgen eines solchen) rasch über ganz Oberdeutschland (außer Bayern), Thüringen, die Schweiz und Österreich aus. Im April schien die Lage für die Fürsten bedrohlich, zumal ja nicht nur Bauern, sondern weite Kreise des Bürgertums und vereinzelt sogar Mitglieder des niedrigen Adels und des niederen Klerus Träger der Bewegung waren. Im Mai 1525 setzte die Reaktion der Fürsten ein. Die Bauern wurden von fürstlichen Heeren geschlagen, die württembergischen am 12. Mai bei Böblingen, die thüringischen am 15. Mai bei Frankenhausen, die elsässischen am 17. und 20. Mai bei Zabern und Scherweiler, die fränkischen am 2. und 4. Juni bei Königshofen und Ingolstadt. Luthers eigentliche Ermahnung zum Frieden traf also zeitlich genau den Zeitpunkt, als die Sache der Bauern sich ausbreitete und bei den Fürsten und Herren mit den Ungerechten auch „Gerechte“ wegzuspülen drohte.

Mit aller Deutlichkeit wird eingangs die Schuld der Fürsten und Herren klargelegt, sie ist so evident, daß Luther aus diesem Grund diese Seite gleichsam prämissenhaft abhandelt. Es ist richtig, daß die eigentliche differenzierte Vermahnung an die Bauern geht als „freundliche, brüderliche Bitte“. Luther argumentiert mit ihnen, sie sollen Gottes Namen nicht mißbrauchen für ihr eigenes Interesse, sie sollen sich nichts mit Gewalt – vor allem nicht gegen die gottgesetzte Obrigkeit – nehmen, sie sollen sich nicht zu Richtern in eigener Sache machen, sondern Gott vertrauen, der sich Rache und Strafe vorbehalten, vor allem aber, wenn sie rechte Christen sein wollen, „keinem Übel noch Unrecht widerstehen, sondern immer weichen, leiden und nehmen lassen“. Beide Teile werden am Ende ermahnt „mit Recht, nicht mit Gewalt noch Streit“ die Sache anzugreifen. „Ich aber will mit den Meinen Gott bitten, daß er euch, beide Seiten, entweder vertrage und einige oder gnädig verhindere, daß es nicht nach eurem Sinn hinausgehe“.

Nimmt man diesen Text vom April 1525, so steht nichts von Obrigkeitshörigkeit oder Fürstenknechtschaft. Hart wie eh und je werden die Fürsten in konkreter angegriffen, die Obrigkeit freilich als Gottes „Amt“ ist Gottes eigenes Regiment – wie sollte sie für Luther im Grundsätzlichen angreifbar sein. Luther in dem Punkt angreifen aber heißt nicht sein politisches Verhalten angreifen, sondern einen zentralen Punkt seiner Theologie.

4. Der Zusatz zur zweiten Ausgabe der „Ermahnung“ „Auch wider die räuberischen und möderischen Rotten der anderen Bauern“ vom Mai 1525 war verfaßt vor, an die Öffentlichkeit gelangt aber nach den großen Niederlagen der Bauern. Die insoweit völlig veränderte Lage ist historisch Luther nicht zuzurechnen; genausowenig wie die selbständige Verbreitung dieses Zusatzes bei Unterschlagung der Worte „auch“ und „anderen“. Dieser Zusatz ist entgegen allen Lexika und Handbüchern keine selbständige Schrift und es ist bezeichnend, daß in Wittenberg selbst keiner dieser Drucke des zweiten Teils allein erschienen ist, dagegen anderweitig in kürzester Frist über zwanzig Nachdrucke.

Es ist für uns heute (ich betone für uns heute) geradezu unverständlich, wie sehr Luther sich in diesem Zusatz, in der sogenannten Pfingstpredigt, der sogenannten „Verantwortung“ vom 4. Juni 1525 und dem „Sendbrief“ vom Juli/August 1525 „vergessen“ hat. Hat er aber das wirklich?

Es ist wahr: diese Schriften Luthers muten uns ebenso barbarisch an wie Luthers Ausbrüche gegen die Juden. Sie sind auch gleich folgenswer und verhängnisvoll geworden. Aber sind diese unsere Einsichten nach der Aufklärung, nach der Ära von Thron und Altar, ja nach den oder in den chiliastischen Zeiten eines totalen Staates und den Systemzwängen der automatisierten Gesellschaft Luther, dem historischen Luther anzurechnen? Dagegen muß sich der Historiker mit allem Nachdruck wehren. Wir sollten für unser Verhalten heute die Verantwortung nicht billig auf Luther oder eine andere Persönlichkeit der Geschichte abwälzen, etwa um damit eigenes Versagen zu verdrängen.

Hat, so lautet unsere Frage, sich Luther in seinen Äußerungen gegen die Bauern vom Mai bis Juli 1525 wirklich „vergessen“ oder besser: hat er verleugnet, was er bisher gesagt hatte?

So schwer die Antwort werden mag, sie muß „nein“ lauten. Nach allem bereits zu Luthers theologischer Grundlegung der Obrigkeit und ihrer Funktion Gesagtem mußte Luther so schreiben wie er schrieb. Für ihn war der Aufruhr – ganz abgesehen von der seiner Zeit geläufigen Rechtsqualität eines Verbrechens des Landfriedensbruches (heute in etwa strafrechtlich gleich Hoch- oder Landesverrat) – ein Aufruhr gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit und damit letztlich ein Aufruhr gegen Gott selbst.

Noch einmal: es geht nicht darum, wie sich das heute für uns darstellt, sondern der Historiker fragt nach der damaligen subjektiven und objektiven Position Luthers. Luther soll nicht verteidigt werden, sondern – sofern möglich – verstanden.

Aus unserer Arbeit

EAK Wesel: Besuch in Lühlerheim

Schermbek: Die Arbeiterkolonie Lühlerheim besichtigen 24 Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband – Auftakt zu einer Reihe von Besuchen in ähnlichen sozialen Einrichtungen im Kreis Wesel.

Lühlerheim – eine Siedlung, in der sogenannte „Nichtseßhafte“ betreut werden – wird von Diakon Manfred Bossow geleitet, der auch im Vorstand des Arbeitskreises tätig ist. Er stellte den Besuchern die Einrichtung zunächst im Gespräch vor: Anschaulich schilderte er Aufgaben und Probleme, die er mit seinen Schützlingen bewältigen muß. Die sind zahlreich: 135 Plätze sind von „Dauergästen“ belegt, die durchschnittlich 112 Tage bleiben. Vor allem der Behörden-Dschungel muß bewältigt werden. „Man muß erst mal die Papiere in Ordnung bringen, damit sie wieder arbeiten können“.

Landestagung des EAK Westfalen-Lippe „Schöpfungsglaube und Umweltschutz“

Münster. Der EAK der CDU Westfalen-Lippe beschäftigte sich auf seiner letzten Landestagung in Münster mit dem Thema „Schöpfungsglaube und Umweltschutz“. Landesvorsitzender Dr. Gerhard Rödding, MdL, betonte in seiner Begrüßung vor über 100 Teilnehmern, daß es einmalig und vorbildlich sei, wenn Christen in einer Partei so offen und ernst nach der biblischen Bedeutung für Probleme der Gegenwart fragen würden. Nachdem der Münsteraner Superintendent Norbert Beer in seinem „Geistlichen Wort“ über das Spannungsverhältnis von Wort und Tat nachgedacht hatte, sprach Professor Dr. Wolf Häfele zum Thema „Schöpfungsglaube, Natur, Technik und Umwelt“. Der Geschäftsführende Direktor der Kernforschungsanlage Jülich warnte vor einer Verurteilung des technischen Fortschritts mit ökologischen Argumenten. Da es auf der Welt fünf Erdölfelder von der Größe der Lager am Persischen Golf gebe, die zum Teil noch kaum genutzt seien, bestehe kein Anlaß zum Pessimismus. „Die Menschheit hat durch Erweiterung des Bewußtseins und technisch-zivilisatorische Innovationen die aufkommenden Krisen immer wieder gemeistert“ unterstrich Häfele.

Auch der Bochumer Alttestamentler Professor Dr. Siegfried Herrmann wandte sich gegen einen Untergangs-

pessimismus, „der mit dem christlichen Gottesglauben unvereinbar ist“. – An der anschließenden Diskussion, die vom Bundestagsabgeordneten Ludwig Gerstein (Dortmund) geleitet wurde, nahmen auch das westfälische Kirchenleitungsmitglied Jochen Borchert, MdB, und der Superintendent des Kirchenkreises Recklinghausen, Karl Heinrich Gilhaus, teil.

Diakonie und Sozialstaat

Gespräch des EAK und der CDU Rheinland mit den Evangelischen Landeskirchen im Rheinland und von Westfalen.

Mülheim/Ruhr: Vor führenden Vertretern der Evangelischen Kirchen im Rheinland und von Westfalen sprach Dr. Bernhard Worms anläßlich einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr am 3. Juni 1983 über „Das Verhältnis zwischen dem Handeln des Staates und der Diakonie der Kirche unter sich wandelnden Bedingungen“.

Dr. Worms würdigte zu Beginn die historischen Leistungen der kirchlichen Diakonie und bezeichnete sie zugleich als „Schrittmacher des modernen Rechts- und Sozialstaates“.

Mit dem Auf- und Ausbau des modernen Sozialstaates sei die kirchliche Diakonie keineswegs überflüssig geworden. Es gehe vielmehr um eine partnerschaftliche Arbeitsteilung nach dem Grundsatz der Subsidiarität. Dr. Worms: „Die CDU bejaht den Sozialstaat. Nach christlicher Auffassung darf und kann der Staat jedoch konkrete Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und die vielfältigen Leistungen kirchlicher Diakonie weder ersetzen noch verdrängen“. Hier liege der zentrale Unterschied zu einem sozialistischen Staatsverständnis, das dem Staat immer mehr Aufgaben übertragen und den freien Trägern immer weniger Zuständigkeit überlassen wolle.

„Heute“, so Dr. Worms wörtlich, „stehen wir an einem Wendepunkt, an dem weniger Staat und mehr Eigenverantwortung, Nächstenliebe und Diakonie gefragt sind ... Allerdings sind in Zeiten knapper Kassen auch der Finanzierung und Bezuschussung der freien Träger durch den Staat Grenzen gesetzt, die wir nicht einfach ignorieren können. Wir müssen also alle gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir den Handlungsraum kirchlicher Diakonie wahren und nach Möglichkeit erweitern

können, ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten.

Diese Situation ist eine Bewährungsprobe für beide Partner. Mit dem Respekt und dem Dank für die großen Leistungen der Diakonie im Dienst am Mitmenschen verbinde ich die Zuversicht, daß wir diese Bewährungsprobe gemeinsam bestehen.“

Den Standpunkt der Evangelischen Kirche erläuterte anschließend der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, Pfarrer Eduard Wörmann.

Die Tagung, die von Dr. Hans Ulrich Klose, Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen und Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, Kirchenrat Albrecht von Mutius, dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, und Dr. Walter Sohn von der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr kollegial geleitet wurde, diente einer ersten Begegnung und einem intensiven Gedankenaustausch zwischen evangelischer Kirche und dem neugewählten Spitzenkandidaten und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag.

Zukunft der Arbeit: Gemeinsame Veranstaltung von CDA und EAK

Münster. Mit Konjunkturbelebung allein läßt sich das Arbeitsproblem nicht lösen. Soweit der gemeinsame Tenor des Diskussionsabends zur „Zukunft der Arbeit“, den die Kreisverbände der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) Münster gemeinsam veranstalteten. Darüber hinaus löste Horst Leichtenberg (Dortmund), Bundesvorstandsmitglied der CDA und Vorsitzender des EAB Deutschlands, mit seinem Einführungsvortrag lebhafteste Kontroversen aus.

Staatliche Beschäftigungsprogramme schloß Leichtenberg von vornherein als Lösung aus, warnte jedoch auch: „Allein auf Wachstum zu setzen, wäre meiner Überzeugung nach falsch“. Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen seien das mindeste, was zu solcher Politik hinzutreten müsse. Darüber hinaus fordere der Strukturwandel der Wirtschaft noch weitergehende Überlegungen.

Ohne den Ursachen der Arbeitslosigkeit auf den Grund gehen zu wollen,

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,— DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

nannte Leichtenberg neue Techniken wie die Mikroelektronik als Hauptproblem: Die in der Strukturkrise der Wirtschaft verlorengegangenen Arbeitsplätze seien weder im nächsten Wirtschaftsaufschwung alle wiederherzustellen noch durch neue Stellen im Dienstleistungssektor auszugleichen. Nur die Arbeitszeitverkürzung kann nach Leichtenberg der Rationalisierung so lange entgegengesetzt werden, bis möglicherweise wieder genügend Kapital zur Investition in neuartige Arbeitsplätze vorhanden ist.

Dabei setzte er freilich voraus, daß die durch die neuen Techniken erhöhte Produktivität soweit zum Lohnausgleich beitragen müsse, daß den Arbeitnehmern trotz verkürzter Arbeitszeit ein angemessenes Einkommen bleibe und die Unternehmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig blieben.

„EAK und CDA wollen zur Frage „Zukunft der Arbeit“ weiter eng zusammenarbeiten und auch mit Mittelstandsverbänden ins Gespräch kommen.“

Soziale Marktwirtschaft — eine Ordnung des sozialen Friedens

Tönning: Als eine Ordnung des sozialen Friedens bezeichnete der Kieler Theologe und Mitglied des Bundesvorstandes der EAK Dr. Gottfried Mehnert vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Nordfriesland die Soziale Marktwirtschaft. Sie sei ein wirtschaftlicher und sozialer Ordnungsrahmen, der auf starken ethischen Grundlagen beruhe, die aus der christlichen Tradition, aus den sozialen politischen Bewegungen und aus dem liberalen Gedankengut kommen. Die Soziale Marktwirtschaft sei, so Dr. Mehnert, die bisher am besten die Gesellschaft integrierende Wirtschaftsform, da sie die persönliche Leistung jedes einzelnen mit Wohlstand honoriert, zu sozialer Verantwortung verpflichtet und ein Höchstmaß an individueller Freiheit garantiert. Dadurch unterscheide sie sich grundsätzlich von der wirtschaftlich ineffektiven freiheitsfeindlichen zentralen

Verwaltungswirtschaft anderer politischer Systeme.

Im Blick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme wies Dr. Mehnert darauf hin, daß die angeblich der Sozialen Marktwirtschaft vorzuwerfenden Mängel tatsächlich nicht der Sozialen Marktwirtschaft in die Schuhe geschoben werden können. Der Verlust der Vollbeschäftigung zum Beispiel sei vielmehr deshalb eingetreten, weil gegen die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten zehn Jahren gesündigt worden sei. Es komme wieder, wie zu Beginn der Sozialen Marktwirtschaft unter Ludwig Ehrhard, darauf an, daß alle am Wirtschafts- und Sozialleben der Gesellschaft Beteiligten wieder lernen, was jeder einzelne und jede einzelne gesellschaftliche Gruppe beizutragen hat und worauf verzichtet werden muß, damit der soziale Frieden gewährleistet wird. Der soziale Frieden ruhe, so Dr. Mehnert, auf den Säulen der wirtschaftlichen Realitäten, der Sozialpflichtigkeit und der individuellen Freiheit.

Kurz notiert

Bei Eröffnung zentraler Ausstellung: Kritik am Mißbrauch Luthers

Katholische Bischofskonferenz:
Luther ist gottbegeisteter Mensch

Nürnberg: Repräsentanten aus Politik und Kirche würdigten die Bedeutung Martin Luthers bei der Eröffnung der zentralen kulturhistorischen Ausstellung „Martin Luther und die Reformation in Deutschland“ im Germanischen Nationalmuseum am 24. Juni in Nürnberg. Nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof D. Eduard Lohse, Hannover, habe sich Luther der „einen Christenheit“ verpflichtet gewußt, um die klare Stimme des Evangeliums zu Gehör zu bringen. Für die katholische Deutsche Bischofskonferenz nannte

Bischof Paul-Werner Scheele, Würzburg, Luther einen „gottbegeisterten Menschen“, der mit dem Feuer seiner Gottergripenheit nach Jahrhunderten noch ansteckend wirken könne.

Carstens: Luther wäre für Landesverteidigung

Bundespräsident Karl Carstens bezeichnete Luther vor den 1 600 hochrangigen Gästen des Festaktes als Symbol der deutschen Einheit, da Protestanten und Katholiken, Christen und Nichtchristen in beiden Teilen Deutschlands seinen 500. Geburtstag in diesem Jahr feierten. Carstens nahm auch zur Zweireiche-Lehre des Reformators Stellung: „Luther weist dem weltlichen Regiment, wie er es nennt, eine von Gott gewollte Aufgabe zu, nämlich für Recht und Ordnung zu sorgen, den äußeren Frieden zu sichern, und die Welt vor dem Chaos

zu bewahren. Diesen Aufgaben muß sich auch der Christ zur Verfügung stellen unter Einschluß des Waffendienstes als Soldat. Für Luther stand fest, daß ein Land sich gegen einen bewaffneten Angriff verteidigen dürfe.“

Kohl: Luther ging es um Verbesserung der Kirche, nicht um Revolution

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach sich gegen einen politischen Mißbrauch Luthers aus. Kohl betonte, Luther sei es um die Verbesserung der Kirche und nicht um Revolutionen und weltliche Macht gegangen. Wörtlich sagte der Regierungschef: „Keine Diktatur des 20. Jahrhunderts kann sich auf Luther als Quelle ihrer Legitimation berufen es soll sich aber auch keine Bewegung anmaßen, im Namen ihrer subjektiven Wahrheit Gewalt anwenden zu dürfen.“